

V. Neue Navigation

Die neue Globalisierung veränderte die internationale Sicherheitsarchitektur und Diplomatie. Die Kombination aus den Gründen und Konsequenzen des Ersten und Zweiten Weltkrieges mündeten in den Kalten Krieg und prägten die Welt über den bipolaren Konflikt zwischen westlicher Welt und der Welt des Kommunismus über 50 Jahre. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 endete die Ära einer beispiellosen Blockkonfrontation. Die Tür wurde aufgestoßen zu einer Zeit, in der nicht mehr zwingend polarisiert gedacht werden musste. Der Ost-West-Konflikt implodierte im Zeitraffer und es entstand ein temporäres Vakuum globaler Desorientierung.

Gleichzeitig veränderte der technologische Fortschritt das Spektrum der möglichen Bedrohungen. So wie See- und Luftfahrt und die Entwicklung der Panzertechnologie das Kriegsbild im 20. Jahrhundert fundamental veränderten, so greift die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie heute entscheidend in Strategie und Taktik der militärischen Operationsmöglichkeiten ein. Internet, exakte bildgebende Verfahren, globale Navigation über das amerikanische Navigationssystem GPS und über das sich im Aufbau befindende europäische Satellitensystem Galileo, globale Funktechnologie und unbemannte Drohnen oder Robotertechnologien prägen heute und zukünftig das Bild einer modernen Kriegsführung, dem ein technologisch unterentwickelter Gegner außer Massenvernichtungsmitteln nichts mehr entgegen zu stellen hat.

1. DIE IMPLOSION DES OST-WEST-KONFLIKTS ALS DILEMMA

In der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Berliner Mauer war die Welt allerdings sicherheitspolitisch stabiler als danach. Ein erstaunliches Dilemma trat mit der Implosion der Ost-West-Konfrontation zutage: die Welt war bis 1989 eine sehr gefährliche Welt, die jederzeit im nuklearen Inferno des bipolaren Atomkriegs hätte verbrennen können. Dabei war sie in ihren Konfrontations- und Regelmechanismen innerhalb des Systems der gegenseitigen nuklearen Abschreckung stabil; im Nachhinein könnte man

sie als relativ verlässliche Kohabitation von zwei konträren Machtsystemen bezeichnen, die sich weltweit zwar Stellvertreterkriege lieferten, ansonsten aber eine funktionierende Praxis der gegenseitigen Konsultation und Mitteilung pflegten. Nach dem Fall der Mauer verlor die gegenseitige Androhung nuklearer Vernichtung an Gewicht und die Bündnisstrukturen der östlichen Welt wurden zur Makulatur. Die Welt verlor die angespannte Verlässlichkeit des bipolaren Antagonismus zwischen Washington und Moskau. Die Einheit Deutschlands und Europas gelang und ein vermeintlicher Normalisierungsprozess zwischen den USA, der NATO und Russland kam in Gang. Damit entfiel das eisenharte und ›stabile‹ Ordnungsgefüge des Ost-West-Konflikts. Viele, ehemals an diese Struktur gebundenen Länder, hatten auf einmal eigene Entwicklungsoptionen – bündnispolitisch und militärisch. Die erzwungene und global funktionierende Disziplin der Vasallenära war vorbei.

Es öffnete sich eine Welt der relativen Wahlfreiheiten. Die Proliferation nuklearer, chemischer und biologischer Waffen wurde im Gefolge dann allerdings zur Herausforderung. Südamerika, der Nahe Osten und Teile Südosteuropas befreiten sich aus den Fesseln der Bipolarität und gingen eigene Wege, wobei sie ökonomisch und sicherheitspolitisch im Rahmen von regionalen Zusammenschlüssen wie zum Beispiel dem ASEAN in Asien, dem Mercosur-Pakt in Südamerika oder der Afrikanischen Union auf dem schwarzen Kontinent bereits vor dem Ende des Ost-West-Antagonismus versuchten, Gegenmacht gegen die amerikanisch-europäische und russische Dominanz aufzubauen und ihre eigenen Interessen regional zu organisieren. Die Ergebnisse dieser ›dritten Wege‹ sind bis heute in der Bewertung beachtlich, bleiben insgesamt aber auch ambivalent.

Die bipolare Sicherheitsarchitektur schwankte, Loyalitäten verblassten, nationale Eigensinnigkeiten und Präferenzen sowie staatliche Instabilitäten prägten das internationale System. Neue Sicherheitsprobleme gewannen an Gewicht. Sie prägten die sicherheitspolitische Wahrnehmung der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitiker. Der Ost-West-Konflikt war eine permanente Drucksituation, welche die zunehmende Komplexität der Konfliktlagen insgesamt auszublenden in der Lage war. Mit dem Aufwachen aus der Starre des Kalten Krieges wurden neue Konfliktpotenziale relevant und traten als zu kalkulierende Variablen des sicherheitspolitischen Denkens auf den Plan. Insofern war die Blockarchitektur des Kalten Krieges gefährlich, gleichzeitig aber auch stabil und berechenbar; mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die internationalen Beziehungen entspannt, gleichzeitig wurde die Lage mit dem Zusammenfallen dieser Architektur aber instabil und unberechenbarer. Das ist das Dilemma der Implosion des Ost-West-Konflikts.

2. DER ERWEITERTE SICHERHEITSBEGRIFF DER GLOBALISIERUNG

Sicherheit wurde damals im Rahmen eines engeren Sicherheitsbegriffs erfasst. Sicherheitspolitik bedeutete Verteidigungspolitik, also die militärische Vorkehrung eines Staates zum Schutz seines Territoriums und seiner Bürger gegen Bedrohung und Waffengewalt von außen. »Willst du den Frieden, bereite Dich vor auf den Krieg« lautete die an Clausewitz angelehnte Devise strategischer Sicherheitspolitik, die Krieg als zwischenstaatliche Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstand (Clausewitz 1827-1830/1990: 34). Separatismus, Bürgerkriege oder Terrorismus waren diesem sicherheitspolitischen Weltbild untergeordnet bzw. dem Ost-West-Konflikt zugeordnet. In dieser Zeit bestimmte die aktuelle Bedrohungslage das gesamte westliche Sicherheitssystem bis in die Innenpolitik. Der Konflikt prägte die Blockbildung um die beiden Führungsmächte; die Außenpolitik unterschied nur zwischen ›Freund‹ und ›Feind‹. Die Doktrin der massiven Vergeltung belastete jede begrenzte Konfliktsituation mit dem Risiko einer unbegrenzten nuklearen Vernichtung. Sicherheitspolitische Erwägungen bestimmten auch die innenpolitischen Entwicklungen. Insofern war Sicherheit damals fast ausschließlich militärisch definiert und waren die damalige Außen- und Innenpolitik vielfach Funktionen der Sicherheitspolitik (Schwarz 1978). Es herrschte eine große Angst vor dem nuklearen Inferno, die mit den Atombombenabwürfen über Nagasaki und Hiroshima im Zweiten Weltkrieg 1945 eine grausame Realität und nachhaltige Erfahrung geworden war. Gleichzeitig war die Erwartung des nuklearen Weltuntergangs physisch so paralysierend, dass sie – aus heutiger Sicht – folgerichtig bzw. zwingend eine intellektuelle Reaktion erzwang (Kahn 1984).

Die westliche Sicherheitspolitik brach in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive aus dem engen Gefängnis der bipolaren Blockkonfrontation und der Doktrin der massiven Vergeltung aus

Anfang der 1960er Jahre begann deshalb ein Verlust des Primats militärischer Sicherheit. Das fiebrige Streben nach atomarer Vorherrschaft der beiden Supermächte wurde damit kompromittiert (Newhouse 1990). Der Prozess einer relativen Entmilitarisierung im Denken und Tun begann mit der Globalisierung und einer Mäßigung des Ost-West-Konflikts. Die verhinderte nukleare Konfrontation um Kuba 1962 war ein Wendepunkt in der Sicherheitspolitik und eine entscheidende Katharsis der Kontrahenten USA und UdSSR. Die europäische Sicherheitsfixierung der Supermächte schwächte sich ab und wurde Anfang der 1970er Jahre transformiert in die gegenseitige Anerkennung des europäischen Status Quo. NATO, die USA und die UdSSR und Warschauer Pakt lernten, die wechselseitige Abhängigkeit ihrer Sicherheit zu verstehen. Sie verabredeten Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauensbildende

Maßnahmen. Als Folge der militärstrategischen Interdependenz verlagerte sich der Schwerpunkt der Abschreckung auf begrenzt und flexibel einsetzbare Optionen. Die Doktrin der massiven Vergeltung wurde zugunsten der Doktrin der flexiblen Reaktion abgeschafft. Und schließlich hat sich durch früher nicht gekannte wirtschaftliche und soziale Modalitäten der Sicherheitsgefährdung die wahrgenommene Bedrohung von der strikt militärischen auch auf eine sozio-ökonomische Ebene verlagert. Das waren die intellektuellen Antriebe für eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs in Zeiten der Globalisierung.

Ging es früher primär um Friedenssicherung ...,

Es ging in den 1950er und 1960er Jahren zunächst um nachhaltige Friedenssicherung, funktionierende gegenseitige Abschreckung, später dann in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren um eine langsame Annäherung. Dies geschah durch Vertrauensbildung im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE 1973) und nukleare sowie konventionelle Abrüstung im Kontext der SALT Abkommen (Strategic Arms Limitation Talks I und II 1972/1979), der MBFR-Verhandlungen (Mutual Balanced Force Reductions 1973), des INF-Vertrages (Intermediate Range Nuclear Forces 1987), des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE 1990) und des START Vertrags (Strategic Arms Reduction Treaty 1991). Die Welt war bis Ende der 1980er Jahre dennoch fokussiert auf die Auseinandersetzung der beiden Weltmächte USA und UdSSR und ihrer Bündnispartner und Satellitenstaaten. Bereits in der Phase der Entspannung (1970er bis 1980er Jahre) und dann mit dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990er Jahre) traten komplexere Bedrohungsszenarios in den Vordergrund, die bis dorthin im Schatten der nuklearen Abschreckung verborgen waren oder aufgrund des Stress' der bipolaren Lage verdrängt wurden. Insofern hat der enge Begriff der Sicherheitspolitik zunehmend nicht auf die politische Realität gepasst. Der Sicherheitsbegriff wurde erweitert und global definiert.

... geht es heute zusätzlich um sozio-ökonomische und ökologische Risiken

In diesem Zusammenhang identifizierte man sowohl Konfliktregionen als auch überregionale Herausforderungen. Konfliktregionen waren aus europäischer Sicht in den 1990er Jahren Südosteuropa, der Kaukasus, der Nahe und Mittlere Osten, der asiatisch-pazifische Raum und diverse Länder Afrikas (Bundesakademie für Sicherheitspolitik [Hg.] 2001). Globale Herausforderungen wurden wahrgenommen in den Bereichen Islam und Fundamentalismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Risiken im Informationszeitalter, Weltbevölkerung und Welternährung, Armutsbekämpfung Umweltveränderungen, Wasserversorgung und AIDS (ebd.). Im

Laufe der darauf folgenden Dekade wurden einige dieser Konfliktregionen und Herausforderungen unwichtiger, andere wiederum errangen eine herausragende Bedeutung. Es blieben der Nahe und Mittlere Osten und diverse Länder Afrikas als ›Hotspots‹ zerfallender Staatlichkeit und menschlicher Gewalt. Andere Regionen wie die nördlichen Staaten Afrikas tauchten relativ überraschend im Rahmen des Arabischen Frühlings auf, Tunesien, Algerien und Marokko fieberten, Libyen fiel, Ägypten wurde durch eine Revolution erschüttert, Syrien versank in den Grausamkeiten eines Bürgerkriegs, die Ukraine wurde 2014 zum Krisenherd der neuen Ost-West-Beziehungen des 21. Jahrhunderts und wurde nach der Annektierung der Krim durch Russland durch ein zweifelhaftes Referendum am 11. Mai 2014 in einen West- und Ostteil geteilt. Während etwa Pandemien als Sicherheitsprobleme trotz der Ebola-Epidemie in Westafrika 2014/2015 etwas an Bedeutung verloren, haben sich die Herausforderungen in den Bereichen Islam und Fundamentalismus, Proliferation, Terrorismus, Risiken im Informationszeitalter oder Klimaveränderung verschärft. Dementsprechend war ein breiterer Sicherheitsansatz und ein erweiterter Sicherheitsbegriff notwendig geworden, den die deutsche Bundesakademie für Sicherheitspolitik Anfang der 2000er Jahre vorausschauend so definierte:

»Die internationale Entwicklung verlangt eine umfassende und auf einem breiten Ansatz basierende Analyse von Sicherheitspolitik. Dabei sind neben der Außen- und Verteidigungspolitik wirtschafts- und finanzpolitische, innenpolitische, staats- und völkerrechtliche, entwicklungspolitische, soziale und ökologische Themenbereiche einzubeziehen. Es handelt sich mithin [...] um eine Sicherheitspolitik in einer neuen Dimension. Nur ein solches Verständnis von Sicherheitspolitik kann den immer komplexer werdenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden« (ebd.: 11).

So entstand eine neue Landkarte der Konflikte, welche die geopolitische und geostrategische Lage des Kalten Krieges durch eine völlig andere Lage einer multipolaren und multiplen Gemengelage im sozio-ökonomischen und politischen Leben des 21. Jahrhunderts aufzumischen begann. Der senile Ost-West-Konflikt hauchte angesichts seiner Irrelevanz und der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts endgültig seinen Atem aus. Gleichzeitig rückten die sozialen Folgen der Globalisierung in das Zentrum scharfer Kritik. Der Konflikt zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern wurde zu einer Bruchlinie in der Welt der Gedanken um soziale Gerechtigkeit und menschlichen Fortschritt. Und schließlich zeichnete sich in der Mitte der 2010er Jahre auch wieder eine unangenehme Konfliktlage zwischen den USA und Russland ab. Dies manifestierte sich in einer Konfrontation hinsichtlich des Verhaltens Russlands in der Ukraine oder der Unterstützung des Assad-Regimes im syrischen Bürgerkrieg.

Insofern zeitigte die Globalisierung Konflikte:

- auf innergesellschaftlicher und innenpolitischer Ebene;
- auf zwischengesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Ebene;
- auf globaler Ebene.

3. EINE NEUE LANDKARTE DER KONFLIKTE

Die dritte Globalisierung hat die Karten im gesellschaftlichen und internationalen Kräfteparallelogramm neu gemischt. Bewährte Konzepte sozialer Stabilität und internationaler Sicherheit wurden dadurch in Frage gestellt. Das Dilemma der Implosion des Ost-West-Konflikts hatte Folgen. Schnell gewannen neue Konfliktformationen an Relevanz. Auch wenn damit die große Bedrohung der atomaren Vernichtung ihr Ende fand wurde schnell klar, dass die neue Globalisierung alte und neue Konflikte befeuern wird: Konflikte um Territorium und Raum für die kulturelle Selbstentfaltung, um Werte, um Ansprüche auf Ressourcen und Besitz und – um Deutungshoheit im intellektuellen Ringen um Vorherrschaft und Macht. Die Globalisierung zeitigte so intensive ökonomische, politische und soziale Effekte und der Widerstand dagegen formierte sich rasch und kompakt (Chomsky 2000, Klein 2000, May 2001, Stieglitz 2002, Ziegler 2003). Dominierten im Rahmen des Ost-West-Konflikts also besonders die Gefahren der nuklearen und militärischen Bedrohung, so traten mit der dritten Globalisierung neue Konfliktformen auf den Plan. Die politischen Folgen von demographischen, ökologischen und sozialen Krisen verursachen Unsicherheit und produzieren Konflikte.

Anfang der 2000er Jahre begann eine harte Auseinandersetzung über die Folgen der sozio-ökonomischen und militärischen Globalisierung

So entstand eine schwierige Konfliktlage. Es begann eine Auseinandersetzung über die ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung. Schwerpunkte waren die Entstehung von sogenannten asymmetrischen Konflikten und Terrorismusbekämpfung auf der militärischen Seite und Auseinandersetzungen um die politische Ökonomie der Globalisierung auf der wirtschaftlichen Seite, die sich unter anderem durch radikale Angriffe gegen die Ideologie des Neoliberalismus oder die Institutionen der globalen Ökonomie wie Weltbank und Welthandelsorganisation artikulierten.

Im einzelnen waren die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Sicherheitsgefährdungen durch das Internet, der Zugang zu Ressourcen, die Verantwortung für den Klimawandel, organisierte Kriminalität oder die Gefahr von Handelskriegen wichtig. Und auch

die Konsequenzen des naturwissenschaftlichen Fortschritts und seiner wirtschaftlichen Konsequenzen wurden zunehmend relevant, was sich in den Bereichen Produktpiraterie und geistigem Eigentum niederschlug. Auch wenn sich massive Befürchtungen mit Blick auf den Zusammenbruch ganzer kapitalistischer Volkswirtschaften durch die Globalisierung wie etwa in Argentinien nach der dortigen Währungs- und Wirtschaftskrise nicht bewahrheiteten (Negt 2001, Wolski-Prenger 2002), bilden die einzelnen Konfliktpunkte eine große Herausforderungen für den Staat und die Gesellschaft.

Neue Konfliktformationen

Im Rahmen der veränderten Situation wurde klar: die politischen Folgen von demographischen, ökologischen und sozialen Krisen gefährden den Frieden. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihr möglicher Gebrauch durch totalitäre Staaten oder terroristische Gruppen wachsen zu einer globalen Bedrohung an, je dichter das Netz der transnationalen Verflechtung geknüpft wird. Globalisierungskriege und globale Konflikte verlangen mehr als traditionelle militärische Leistungen. Sie sind meist nicht konventioneller militärischer Natur. Bereits in den 1990er Jahren wurde klar, dass sich die Sicherheitsprobleme des 21. Jahrhundert eher aus der Bedrohung der persönlichen Unversehrtheit und der gesellschaftlichen Stabilität sowie aus zivilisatorisch gespeisten Problemen ergeben als aus dem Konflikt nationaler Unverträglichkeiten (Hammond 1999: 132).

Im erweiterten Sicherheitsbegriff wurden neben eng gefassten militär- oder verteidigungspolitischen Problemen also auch andere Sicherheitsprobleme erfasst. Dazu gehörten Probleme der sozialen Sicherheit. Wenden wir uns nun diesem Unterpunkt des erweiterten Sicherheitsbegriffs zu, die sich – zugespitzt – als soziale Frage der Globalisierung beschreiben lassen.

4. DIE SOZIALE FRAGE DER GLOBALISIERUNG

Der sozio-ökonomischen Konflikt zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern wurde Anfang der 2000er Jahre zu einer ›Überlebensfrage‹ des Jahrhunderts stilisiert. Es ging dabei um das Verhältnis von Staat und Markt, von Gesellschaft und sozialem Frieden. Die vielen Einzelaspekte dieser sozio-ökonomischen Gemengelage ließen sich auf zwei zentrale Fragestellungen reduzieren:

- Welche Zukunft hat das Konzept der Marktwirtschaft, wenn es die soziale Kohäsion gefährlich berührt, die Frage der Verteilungsgerechtigkeit nicht beantwortet und ökologische Zusammenhänge nicht ausreichend integriert?

- Wie muss eine Ordnungspolitik beschaffen sein, die den sozialen Frieden und einen freien Welthandel ermöglicht, soziale Diskriminierungen aber vermeidet und eine allgemeine positive sozio-ökonomische Entwicklung für eine deutliche Mehrheit der Menschen ermöglicht?

Der Paradigmenwechsel in der Industriegesellschaft erzeugte gravierende Diskontinuitäten in der Gesellschaft

Globalisierung brachte einen Paradigmenwechsel der Industriegesellschaft in Gang, der bis heute anhält. Er brachte Diskontinuitäten in allen gesellschaftlichen Teilsystemen hervor. Das Verhältnis von sozio-ökonomischer Globalität, gesellschaftlicher Innovation und politischer Erneuerung wurde mit Blick auf die gesellschaftliche Kohäsion zu einem Schlüsselthema. Schnell wurde klar: es geht um Wohlstand und Sicherheit, um die Stabilität der vorhandenen oder erwünschten Lebensverhältnisse, individuell und kollektiv. Eine stabile Gesellschaft setzt den Einzelnen in den Besitz seiner Möglichkeiten. Sie gewährleistet zugleich den sozialen Zusammenhalt über funktionierende Mechanismen gesellschaftlicher Solidarität. Dazu bedarf es eines Konsenses über gemeinsame Werte, geeignete Institutionen, ausreichende materielle Mittel und technologische Ressourcen. Eine stabile Gesellschaft speist die Identität ihrer Menschen und ist Voraussetzung für eine ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung.

Die Wucht der Globalisierung fordert das Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung heraus. Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft hat im 19. Jahrhundert die Bedeutung des Verhältnisses von technologischem und gesellschaftlichem Wandel mit der damit aufgeworfenen sozialen Frage belegt. Die Industrialisierung hob die ständische Ordnung der durch Zünfte und Manufakturen geprägten Gesellschaften auf. Diese Ordnung hatte den Menschen einen gewissen Schutz geboten. Mit der Industrialisierung und Verstädterung wurde Existenzunsicherheit zum Lebensschicksal des Proletariats. Die Abwanderung vom Land in die Stadt, vom agrarischen Osten in die Ballungsräume des Westens und das Anwachsen von Landgemeinden zu Städten ließ ein Wohnungselend entstehen, das bis Ende des 19. Jahrhunderts kaum an Härte verlor. Hinzu kam ein moralischer Verfall: Trunksucht, Promiskuität, Neid, Erbitterung. In der Industriegesellschaft fand schließlich eine Polarisierung in die Klassen der Eigentümer und Nichteigentümer von Produktionsmitteln statt und die Aufspaltung wurde bald zum ›Klassenkampf‹. Einstmals funktionsfähige Instrumente gesellschaftlicher Solidarität verloren während des Wandels ihren Sinn. Erst nach geraumer Zeit gelang es, die damit verbundenen Verteilungskonflikte zu moderieren und die untauglich gewordenen Formen sozialer Integration durch neue Integrationsmechanismen zu ersetzen. Gleichzeitig markiert diese Entwicklung die Ge-

burtsstunde der sozialen Marktwirtschaft mit der es schließlich gelang, die Energien eines entfesselten Kapitalismus in eine sozial verträgliche Form zu leiten. Die ›Soziale Marktwirtschaft‹ erwies sich als richtige Antwort auf den sozialen Wandel der damaligen Zeit.

Der Übergang von der national und territorial verfassten Industriegesellschaft in die durch Globalität geprägte Gesellschaft lässt ebenso gravierende Umbrüche erkennen. Ähnlich wie die Eisenbahn im 19. Jahrhundert die Versorgung von Menschen und Wirtschaft aus weiten Entfernungen ermöglichte und auf diese Weise Urbanisierung, Massenproduktion und internationale Gütermärkte forcierte, sind modulare Produktionsprozesse transnational agierender Unternehmen, der alltägliche globale Fluss von Devisen und Kapital oder die große Zahl globaler Kommunikationsnetzwerke prägende Merkmale der heutigen Zeit. Wie zu Zeiten der industriellen Revolution sind damit Konsequenzen für das politische Handeln der Akteure verbunden.

Damit wurde die politische Ökonomie des kapitalistischen Systems bereits vor rund 20 Jahren als wichtige Zukunftsfrage und als sozio-ökonomisches ›Schlachtfeld‹ identifiziert. Es zeichnete sich ab, dass die alte Gleichung Wachstum = Beschäftigung = allgemeiner Wohlstand für viele Länder, Menschen und Gesellschaften dann nicht mehr gelten kann, wenn nicht gleichzeitig ein adäquater Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Angriff genommen wird und wenn nicht auf dieser Grundlage ein beschäftigungswirksames Wachstum geschaffen werden kann. Oder, wenn dies nicht möglich ist, wenn die Umverteilungsmechanismen in solchen Staaten nicht angepasst werden, wo Teile der unteren Mittelschicht von Wohlstandsgewinnen ausgeschlossen werden. Dies ist – nach dem ehemaligen Weltbank Ökonom Branko Milanovic – besonders in den reichen Industrienationen wie etwa den USA, Deutschland und Japan der Fall. Diese Gruppe hat von der Globalisierung nicht profitiert und rückt sie deshalb unter anderem in die Fänge populistischer Strömungen in den reichen Industrienationen. Die größten Profiteure der Globalisierung sind demgegenüber die Menschen der Mittelschicht insbesondere in Schwellenländern und die Reichsten der Welt (Milanovic 2012, 2016; Wilmroth 2016).

Dies prägte die sozial-ökonomische Lage in Europa in den 2010er Jahren, wo die Existenz unterschiedlicher Sozialstaatsmodelle in den nördlichen und südeuropäischen Ländern sowie strukturpolitische Versäumnisse im Süden Europas zu einer signifikanten Asymmetrie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Beschäftigung geführt haben. Obwohl dies eine vielschichtige Entwicklung mit vielen zusätzlichen Ursachen war, und auch der Norden Europas mit Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlstandsproblemen zu kämpfen hatte, wurde die damit einhergehende Schwächung der Mittelschicht sowie die wachsende Kluft zwischen arm und reich nicht nur politisch problematisiert, sondern auch vielerorts von einer Breite der Gesellschaft sozial zunehmend als unerträgliche Ungerechtigkeit empfunden. Und dies wird auch

so bis heute formuliert und leistet jeglicher Form des Populismus einen gewaltigen Auftrieb.

Die wachsende Ungleichheit provoziert soziale Konflikte – weltweit

Nach einer internationalen Studie der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung 2014) wird es aufgrund großer Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensentwicklung sowie sozialpolitischen Missständen deshalb in vielen Teilen der Welt zu Protesten und Konflikten kommen, wobei ausdrücklich auch Demokratien etwa in Südosteuropa davon betroffen sind.¹ Demnach gibt es auch in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts in vielen Regionen der Welt ungeachtet wirtschaftlicher Wachstumserfolge immer noch ein hohes Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung. In den meisten Staaten profitierten davon aber meist nur kleine Eliten. Deshalb nehme der Widerstand der Bürger gegen Misswirtschaft, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Ein besonders prominentes Beispiel dafür waren die sozialen Unruhen in Brasilien angesichts der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele im gleichen Land 2016. Auch wenn diese Demonstrationen gegen die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten im Land natürlich besonders wirksam während eines solchen Großereignisses mittels der Massenmedien transportiert werden konnten: an der Realität der Missstände im Land ändert dies nichts.

Es steht zu erwarten, dass die Verlierer der Globalisierung sich noch stärker zur Wehr setzen werden, wenn Alimentierung entfällt, wenn Frustration, Druck und Angst steigen, wenn das Ungleichgewicht zwischen arm und reich weiter wächst. Wenn die Menschen glauben, dass Ungleichheit in Ungerechtigkeit umschlägt, wird Widerstand aus ihrer Sicht zum Recht. Es ist nicht auszuschließen, dass neoliberale Globalisierungsstrategien mit ihren Entindustrialisierungstendenzen und Verarmungsfolgen handfeste Auseinandersetzung oder gar bürgerkriegsähnliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Die ungleiche Verteilung des Wohlstands ist empirisch hinreichend belegt. Sie wurde auch von der Chefin des IWF, Christine Lagarde, Anfang 2014 persönlich hervorgehoben.² Zu diesem Zeitpunkt griff dies auch eine Studie der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam auf, die den Teilnehmern des Weltwirtschaftsforums 2014 als eine Diskussionsgrundlage für diesen Punkt ihrer Tagesordnung zur Verfügung gestellt wurde. Oxfam hat ihren Befund dann

1 | Die Studie ist der Bertelsmann Transformation Index 2014. Die Erhebung wertet Daten von Januar 2011 bis Januar 2013 aus. Untersucht wurden neben Entwicklungs- und Schwellenländern auch Staaten in Ost- und Mitteleuropa. Sie nennt als Negativbeispiele zum Beispiel auffällig gewordenen Länder wie Bulgarien, Ungarn, die Ukraine oder Thailand.

2 | Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/weltkonjunktur-lagarde-beklagt-ungleiche-verteilung-des-reichtums-a-943787.html, aufgerufen am 13.Mai 2014.

für die Weltwirtschaftsforen 2015/2016 aktualisiert vorgelegt und stellte fest: die soziale Ungleichheit wächst ungebremst weiter.³ Der Befund:

- ein Prozent der Bevölkerung verfügt über die Hälfte des weltweiten Reichtums;
- dieses eine Prozent verfügt über 110 Billionen US-\$. Das ist 65mal so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt;
- diese ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über genauso viel, wie die reichsten 85 Menschen haben;
- sieben von zehn Menschen leben in Ländern, in denen die Kluft zwischen arm und reich in den vergangenen 30 Jahren gewachsen ist;
- in den USA erzielte das eine Prozent der wohlhabenden Bevölkerung 95 Prozent des Wachstums im Gefolge der Finanzkrise seit 2009 (bis 2013 Anm. des Verf.), während die unteren 90 Prozent ärmer geworden sind.⁴

Auch die OECD hat diesen Befund Mitte der 2010er Jahre verifiziert. Die aktuellen Daten lauten: die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen 30 Jahren in allen Industrieländern gewachsen. Danach verdienen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung heute 9,5mal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. In den 1980er Jahren betrug das Verhältnis nur sieben zu eins. Auch in Deutschland hat sich der Abstand zwischen Arm und Reich erhöht. In den 1980er Jahren lag das Verhältnis zwischen den reichsten und ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung bei fünf zu eins, heute sind es sieben zu eins. Damit liegt Deutschland bei der Einkommensungleichheit aber immer noch weit unter dem OECD-Schnitt.⁵

Die Schlussfolgerung ist: statt sich gemeinsam zu entwickeln, werden die Menschen immer mehr durch wirtschaftliche und politische Macht getrennt. Die Gefahr sozialer Spannungen und gesellschaftlicher Zusammenbrüche würde dadurch wachsen.⁶ Im Ergebnis stellt die Abkoppelung von den Möglichkeiten und Chancen der Globalisierung die Perspektive für den Einstieg in Abstiegs- oder Verarmungskarrieren im Rahmen zunehmend prekärer Lebensverhältnisse dar.

3 | Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20. Januar 2015.

4 | Vgl. www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-summ-en.pdf, aufgerufen am 13. Mai 2014.

5 | www.welt.de/wirtschaft/article135156309/Kluft-zwischen-Arm-und-Reich-schadet-Wachstum.html, aufgerufen am 10. Dezember 2014.

6 | Vg. ebd. und www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oxfam-studie-kluft-zwischen-armen-und-reichen-wachst-a-944474.html, aufgerufen am 13. Mai 2014.

Schieflagen der sozialen Gerechtigkeit

Michael Vester wies in diesem Zusammenhang schon Anfang der 2000er Jahre auf die destabilisierenden Folgen solcher Entwicklungen hin, indem er für die Bundesrepublik Deutschland vier ›Schieflagen der sozialen Gerechtigkeit‹ beschrieb, die seit den 1970er Jahren nacheinander an Aktualität gewonnen haben und seitdem parallel nebeneinander bestehen (Vester 2001). So sei die Diskriminierung von Frauen, Alten, Jugendlichen und Zugewanderten ein Thema. Trotz gleicher Leistung seien seitdem Frauen gegenüber Männern, Ausländer gegenüber Deutschen und Jüngere gegenüber Älteren benachteiligt. Seit den 1980er Jahren sei dann die Diskontinuität der Lebensläufe mit stärkerer Kraft in Erscheinung getreten.

Seitdem seien entstandardisierte Muster der Lebensläufe an der Tagesordnung, die später dann auch Patchwork-Biografien genannt worden sind. Die dritte Form neuer Ungleichheit – er nennt dies die dauerhafte Schieflage von Berufspositionen und Soziallagen – weitete sich in den 1990er Jahren auf mehr als 25 Prozent der Bevölkerung aus. Zum einen entstand ein ›prekärer Arbeitsmarkt‹ mit Arbeitnehmern zweiter Klasse in Bereichen der legalen Teilzeit-, Leih- und Niedriglohnarbeit und der Scheinselbstständigkeit sowie mit Arbeitnehmern dritter Klasse außerhalb der Legalität. Die vierte Form der Ungleichheit verortete Vester in der Deklassierung durch dauerhafte wirtschaftliche Armut oder anhaltende Arbeitslosigkeit, von der in Deutschland Anfang der 2000er Jahre etwa zehn Prozent der Bevölkerung betroffen waren, was zu sozialmoralischer Ausgrenzung von bestimmten Minderheiten oder von Menschen in bestimmten Wohnvierteln führe.

Der Armutsbericht des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands 2014 oder das statistische Bundesamt haben den Befund zur Entwicklung der Armut in der Bundesrepublik zehn Jahre später belegt. Schlimmer noch: demnach habe die soziale und regionale Zerrissenheit mit etwa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland ein Rekordhoch erreicht. Nach der Definition der Europäischen Union ist von wirtschaftlicher Armut bedroht, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfüge. In Deutschland sind das bei Singles 12.000 Euro im Jahr, bei Familien mit einem Elternpaar und zwei Kindern unter 14 Jahren 25.000 Euro im Jahr (inklusive Sozialleistungen).⁷ Nach dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes Ulrich Schneider wächst die Kluft zwischen deutschen Wohlstandsregionen und Armutsregionen weiter an. Deutschland sei noch nie so gespalten gewesen wie heute. Dies betrifft insbesondere Rentner und alleinerziehende Eltern. Dies zeigt, dass auch eine hochentwickelte Indus-

7 | Vgl. www.t-online.de/wirtschaft/id_66187908/armut-in-deutschland-mit-weniger-als-2058-euro-sind-familien-arm.html, aufgerufen am 13. Mai 2014.

triegesellschaft wie die Bundesrepublik trotz strukturpolitischer Anpassungen von dem Angriff auf den sozialen Zusammenhalt durch die Globalisierung nicht verschont geblieben ist.⁸

Die Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit ist extrem sensibel

Die Schief lagen der sozialen Gerechtigkeit sind gesellschaftspolitisch brisant. Sie beeinträchtigen nicht nur die Existenzlage des Einzelnen, sondern provozieren Animositäten zwischen einzelnen sozialen Gruppen, die sich in gegenseitigen Vorwürfen hinsichtlich der Vor- und Nachteile der jeweiligen Gewinner und Verlierer manifestieren können. Verfestigen sich die Schief lagen der sozialen Gerechtigkeit, entsteht irgendwann der Ausgangspunkt einer sozialen Eskalation. Ralf Dahrendorf warnte bereits Ende der 1990er Jahre in diesem Zusammenhang davor, dass der Wettbewerbsindividualismus der Globalisierung nicht als Sozialdarwinismus verketzert werden darf (Dahrendorf 1997). Werde er aber verabsolutiert, führe er zu jener Mischung von oft mit Unehrllichkeit gepaarter Gier und der Vernachlässigung der Schwächeren, die viele hundert Jahre abgestoßen habe und heute wieder abstößt. Keine Gesellschaft könne es sich ungestraft leisten, eine beträchtliche Zahl von Menschen auszuschließen. Sie könne nicht mehr überzeugend verlangen, dass ihre Mitglieder sich an die Regeln von Recht und Ordnung halten. Würden die Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer nachhaltig frustriert, könnte sich bei einer Minderheit von ihnen der Unmut in die Verweigerung sozialer Solidarität entladen. Bei einer Minderheit von ihnen könnte sich der Hang zu extremen Haltungen und radikalen Aktionsformen verstärken, die Tötlichkeiten, Waffengebrauch und schließlich den Weg in die Illegalität mit einbeziehen. Der Weg der Eskalation und des Angriffs sei damit für sie die Antwort auf die soziale Frage der Globalisierung und damit im Zeitalter der dritten Globalisierung ein markanter Ort auf der neuen Landkarte der Konflikte.

Aus Globalisierungskritik resultierte politischer Widerstand, ...

Mit der neuen Globalisierung entstand ein neuer Typus des politischen Widerstands, der entfernt an die Verwerfungen mit Blick auf die soziale Frage des 19. Jahrhunderts erinnert. Es gab im Gefolge der Globalisierung beachtliche Widerstände und Krawalle in Seattle, Göteborg und Genua, die sich auf die politischen Vertreter des Globalisierungsestablishments und der G7 bzw. G8 bezogen. Sie legten seinerzeit nahe, dass Globalisierung durch die Wahrnehmung von Bedrohungen immer stärker negative Affekte mobilisierte. Waren

8 | Vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/armutsbericht-deutschland-so-gespalten-wie-nie-1.1847237, aufgerufen am 14.Mai 2014.

es im 19. und 20. Jahrhundert die Verteilungskonflikte zwischen Bourgeoisie und Proletariat, welche die Massen ins Elend und ihre Kinder und Kindeskinde schließlich auf die Barrikaden trieben, so waren es zum Anfang des 21. Jahrhunderts Verteilungsverluste, Ausschlussängste und Gefühle der Entrechtung. Die Wut der Globalisierungsverlierer richtet sich auf einer nationalen Ebene gegen die Regierung und das Establishment der Regel- und Meinungsmacher. Auf regionaler oder internationaler Ebene stehen die institutionelle Verfassung des Weltfinanzsystems, das Verhalten von multinationalen Konzernen und Banken, die Kreditpolitik des IWF oder der Weltbank oder die Entschuldungs- und Entwicklungspolitik des Nordens gegenüber dem Süden am Pranger. Diejenigen, die seitdem auf die Barrikaden gegangen sind, sind gegen die weltweite Verbreitung und Beschleunigung des Kapitalismus, gegen die als subtil und kalt empfundene Ökonomisierung des Lebens und gegen eine wachsende Ungleichheit unter den Menschen. Sie formulieren ihren Protest und geraten somit in den Konflikt mit neoliberalen Gesinnungen und staatlichen Autoritäten. In den verwinkelten Straßenzügen von Genua, den Häuserschluchten von Seattle, den Straßen Genuas, vor dem Bayerischen Hof in München, an der Promenade von Heiligendamm oder auf den Weltsozialgipfeln wie in Porte Allegre artikulierten sie in den 2000er Jahre ihren Protest. Viele Europäer werden den 21./22. Juni 2001 nie vergessen, als es in Genua zu schweren Ausschreitungen und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Globalisierungsgegnern kam und dabei ein Demonstrant erschossen wurde. Geboren war mit den Worten des U.S.-Ökonom Paul Krugman, der ›Seattle-Mensch‹, der seitdem als Prototyp des Globalisierungsgegners gilt und dem ›Davos-Mensch‹ des einflussreichen Wirtschaftsforums im schweizerischen Graubünden, als Antagonist gegenüber steht.

... es gibt vielerorts ein großes Unbehagen gegenüber der Globalisierung ...

Dabei sind es nicht mehr nur politische Sonderlinge, pubertierende Jugendliche oder ideologisch verblendete Überzeugungstäter, denen der Globalisierungsprozess Sorgen macht. Bis weit in die ›gemäßigten‹ Schichten hinein, und zwar von beiden Seiten des politischen Spektrums, geht das Unbehagen über die unkontrollierbaren Folgen des weltweiten Wirtschaftens. Solche Netzwerke schwollen zu einer zornigen Opposition gegenüber den etablierten globalen Kommunikations- und Entscheidungsforen an und damit kam das kapitalistische ›Establishment‹ unter ›Generalverdacht‹. Eine spezifische Polarisierung der neuen Globalisierung begann, die bis heute anhält und durch Akteure wie Attac, Greenpeace oder neue Guerillagruppen wie Occupy getragen wird. Jüngstes Beispiel dafür ist der Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP-Abkommen), das wiederum die Globalisierungskritik entsprechend befeuert hat. Für diese Op-

position sind besonders die wachsende Ungleichheit, die Ungerechtigkeit, das Primat der Ökonomie und die Umstellungszumutungen der Globalisierung beunruhigend. Diese Motivation treibt die Menschen in den Unmut und in den Protest und womöglich in die Gewalt. Dies – und bereits die Antizipation solcher Entwicklungen – provoziert Neigungen zur ›Reaktion‹ und Populismus.

... und die Versuchung zu rechtspolitischem Populismus und autoritärer Reaktion nimmt zu

Wirtschaftlich starke und sozialpolitisch gut aufgestellte Länder wie Deutschland mögen diese Konfliktherde temporär besser beherrscht haben als andere Länder. Zudem erscheint es so, als ob sich die anfängliche Empörung der Globalisierungskritik a) in die gewöhnlichen Kanäle des bekannten Radikalismus von extremen linken oder rechten Gruppierungen und b) mehr in Richtung eines organisierten (und gesitteten) gesellschaftlichen Widerstands der etablierten Protestbewegungen in Europa begeben hat. Im Rahmen unklarer Berufsperspektiven von jungen Menschen, von prekären Arbeitsverhältnissen, wirtschaftlicher Rationalisierung, Rentenunsicherheit, Altersarmut, Pflege- und Zukunftsangst ist allerdings in diesem Land eine vibrierende Nervosität unter der Oberfläche mit Blick auf sicher geglaubte Besitzstände für die Zukunft zu spüren. Auch deshalb nicht, weil die Globalisierung Einzug gehalten hat in den einstmals als sicher geltenden Hafen der Mittelschicht. Lohndumping, befristete Jobs und eine Arbeit, die zur Existenzsicherung nicht reicht, sondern durch Zweitjobs oder Sozialleistungen abgesichert werden müssen, betreffen auch sie, selbst wenn sich mit dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung 2013 in der Einkommensspreizung oder dem Armutsrisiko in Deutschland empirisch wenigstens eine gewisse Stabilisierung feststellen ließ.⁹

Was bleibt: die Mittelschicht schrumpft

Insgesamt stellt eine Studie der Bertelsmann Stiftung 2012 aber eindeutig fest, dass die Mittelschicht seit fünfzehn Jahren schrumpft. Seit 1997 sei ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 5,5 Millionen Menschen oder von 65 auf 58 Prozent zurückgegangen. Besonders ausgeprägt sei dieser Rückgang

9 | Vgl. den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2013 unter https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 13. Mai 2014; mit Blick auf die Kritik vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/faktencheck-zum-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-a-887422.html, aufgerufen am 13. Mai 2014.

in der unteren Hälfte der Einkommensschichten, deren Anteil sogar um 15 Prozent geringer ist. Umgekehrt sei der Anteil der Menschen in den unteren und untersten Einkommensschichten um knapp vier Millionen Personen gewachsen. Gleichzeitig mache sich in den Mittelschichten inzwischen jeder Vierte Sorgen, seinen heutigen Status zu verlieren. Das sind deutlich mehr Deutsche als noch vor zehn Jahren. Der Grund für die Entwicklung: immer weniger Menschen gelinge der Aufstieg aus den unteren Einkommen in die Mittelschicht. Und selbst eine gute Ausbildung ist heute kein Garant mehr für ein Leben in gesichertem Wohlstand (Bertelsmann Stiftung 2012).¹⁰ Der Internetpionier Jaron Lanier verknüpft die Entwicklung des digitalen Zeitalters mit diesem Umstand. Er wies 2014 nicht nur auf das Überwachungspotenzial des Internet und der Internetwirtschaft hin; gleichzeitig warnte er davor, dass auch der Mittelstand durch die gewaltigen Rationalisierungspotenziale der IT-Wirtschaft hinweggefegt werden könne (Lanier 2014).

Vor diesem Hintergrund entstehen Reaktionen, die sozio-ökonomisch und sozio-kulturell als »glokale« Integrationsstrategien die positiven und negativen Konsequenzen der Globalisierungsprozesse austarieren können. Dies schließt extreme Reaktionen und unerfreuliche Reflexe nicht aus. Der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Wilhelm Heitmeyer nannte dies Anfang der 2000er Jahre die »Schattenseiten der Globalisierung« (Heitmeyer 2000). Er wies damals auf Konsequenzen einer Radikalisierung für die Demokratien der westlichen Welt hin. Demnach könnte ein autoritärer Kapitalismus die Zukunft prägen, der Kontrollverluste und ein neues Konfliktpotenzial zwischen Staat und Markt erzeuge. Autoritäre Versuchungen könnten in solchen Situationen die Folge sein. Das austarierte System von »Checks and Balances«, wodurch gewährleistet werden soll, dass ein Interesse nicht alternativlos durchgesetzt werden kann, werde aufgehoben. Dies sei ein Zeichen autoritärer Macht, die sich durch die Dominanz ökonomischer Institutionen gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen ausdrückt. Damit würden die Spannungen zwischen den Prinzipien von kapitalistischer Ökonomie, die auf den Stärkeren setzt und Ungleichheit als Antriebsmechanismus einsetzt, sowie der Demokratie, die auf Gleichheit basiert, weiter erhöht. Dort, wo die Markthorthodoxie siege, sterbe die Demokratie. Die alternativlose Durchsetzung eines Flexibilisierungszwanges, der beispielsweise eingelebte soziale Lebens- und sozialisierte Entwicklungsrhythmen zerstört, gehöre ebenso zum neuen Charakter eines autoritären Kapitalismus wie die Verletzungen menschlicher Integrität (ebd.).

10 | Vgl. die Pressemeldung der Bertelsmann Stiftung unter www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-9FC0685D-40063669/bst/hs.xsl/nachrichten_114585.htm, aufgerufen am 13. Mai 2014.

Die Schattenseiten der Globalisierung sind ein ›gefundenes Fressen‹ für den Rechtspopulismus in Europa

Der Rechtspopulismus setzt an den verstärkten Spannungen zwischen Staat und Markt an und kanalisiert die über den ökonomischen Prozess erzeugten Ängste. Wenn in einer komplexen gesellschaftlichen Lage die bürgerliche Mitte Erklärungsdefizite zulässt, schafft dies einen ›Markt‹ für einfache Slogans und unterkomplexe Erklärungen. Dies schafft das Biotop für Radikalität und Extremismus. Rechtspopulismus ist eine gruppenbezogene Integrationsstrategie, die gleichzeitig zur Desintegration der Gesellschaft führt und damit politisch motivierte Gewalt fördert.

Das ›Worst Case‹-Szenario: soziale Desintegration und politische Agonie

Zu dem Szenario gesellschaftlicher Desintegration gesellt sich schnell die Folge einer politischen Agonie. Durch den Wegfall von staatlichen Einnahmen versiegen Alimentationspotenziale. Es verdorren sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, nicht zuletzt, weil viele Staaten gezwungen sind, durch Steuerreformen oder das ›Abspecken‹ ihrer sozialen Versorgungssysteme ihre Standortqualitäten für das Engagement von Unternehmen zu stärken, selbst wenn Kommunen, Provinzen, Länder, Rentenversicherungen oder gesetzliche Krankenkassen versuchen, Einnahmenverluste wenigstens zum Teil wieder zu kompensieren. Immer mehr verlieren staatliche Instanzen und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen Regulierungs- und Eingreifmöglichkeiten, wenn eine entsprechende Gegenfinanzierung fehlt. Eine Spirale dreht sich, welche die Finanzierung von Sozialmodellen in Frage stellt. Hinzu kommt: Die Schere zwischen den Einkommen öffnet sich immer weiter. Ein Beispiel dafür sind die USA. Das Staatsziel ›Prosperität‹ wird aufgrund immer höherer Aufwendungen für das Gemeinwesen gefährdet. Industrielle Auslagerungen gefährden die Einnahmequellen des Staates. Angesichts schwindender Einnahmen und aufgrund der hohen Staatsverschuldung wird es schwieriger, die nationalen Wohlfahrtssysteme zu organisieren. Real stagnierende oder gar schrumpfende Einkommen strapazieren darüber hinaus die Fähigkeit des Individuums zur privaten Daseins- und Altersvorsorge. Es kommt zu einem Souveränitätsverlust. In dem Maße, wie der Wirtschaftsprozess zunehmend von Externalitäten beeinflusst wird, verlieren die Regierungen Teile ihrer Kontrolle über die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung ihres Landes.

Dies hatte handfeste Konsequenzen für den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 mit Donald Trump. Auch die französische Rechtspopulistin Marine le Pen griff das Thema mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2017 in ihrem Land auf. Beide machten sich dabei eine zeitgenössische dumpfe Globalisierungskritik zu eigen, die althergebrachte ökonomische

Konfrontationslinien durchbrach und diese Art der Globalisierungskritik aufgrund der Prominenz der politischen Akteure ein Stück weit mehr aus der ›Schmuddelecke‹ politischer Einstellungen herausbrach. So thematisierte Trump Schutzzölle als Instrument zur Sicherung amerikanischer Arbeitsplätze; der Front National in Frankreich bot an, zur Sicherung der Ersparnisse der Einlagen von kleineren und mittleren Geldanlagen aus der Mittelschicht Banken zu verstaatlichen. Der ökonomische Vordenker des Front National, Florian Philipot, gab den ökonomischen Kurs des Front National dann 2016 vor: Importquoten zum Schutz heimischer Unternehmen, staatliche Eingriffe zur Förderung der Industrie, höhere Löhne und Sozialleistungen für Geringverdienende. Er wolle so ein Bollwerk gegen die ›ultraliberale Globalisierung‹ errichten und die ›ökonomische Souveränität‹ Frankreichs wiederherstellen. Beide Politiker und ihre Parteien griffen so in den Instrumentenkasten dessen, was einmal sozialdemokratische oder gemäßigte sozialistische Wirtschaftspolitik war. Solche politischen Optionen wurden dann als ›Populonomics‹ bekannt (Schieritz 2016). Globalisierungskritik und Rechtspopulismus vereinten sich so auf einem gefährlichen höheren Niveau. Diese Tendenz kulminierte dann am 8. November 2016 mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA. Dies bewies die hohe Anziehungskraft von politischer Simplifizierung, ›Latinofremdenfeindlichkeit‹ und einem neu erwachten Hang zu einem nordamerikanischen Isolationismus. Auch wenn Trump ein geschärftes Profil der zukünftigen US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik bis zu seiner Wahl schuldig blieb und nach seiner Wahl versöhnliche Töne anschlug, ist wenigstens in den Jahren 2017 bis 2021 mit einer innenpolitisch und diplomatisch deutlich verschärften Gangart der USA zu rechnen.

In der Konsequenz entsteht damit ein Demokratieproblem. Pragmatische Demokratiezufriedenheit basiert im Wesentlichen auf ökonomischer Prosperität, individueller Sicherheit und einer berechenbaren sozialen Ordnung. Wirtschaftliche Probleme und soziale Not unterminieren die Demokratiezufriedenheit; extreme politische Kräfte gewinnen an Popularität. In der jüngsten Vergangenheit haben rechtsextreme Parteien in Europa bereits anti-globalistische Stimmungen für ihre Positionen instrumentalisiert und daraus politisches Kapital geschlagen. Als Beispiel stand dafür in Österreich der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter der Führung des Rechtspopulisten Jörg Haider, der es verstand, anti-globalistische, anti-europäische und fremdenfeindliche Ressentiments für seine Zwecke zu instrumentalisieren und so die Beteiligung an einer Mitte-Rechts-Koalition zu erreichen. Der Rechtspopulismus wurde zur politischen Versuchung in Europa und breitete sich in der Folge in Europa immer stärker aus (Turek 2008).

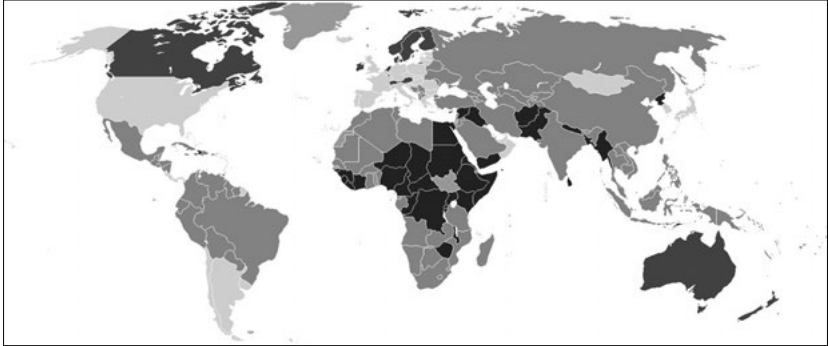
Dieser Prozess hat seitdem an Dynamik gewonnen. Mitte der 2010er Jahre hat sich gezeigt, dass sich rechtspopulistisches Gedankengut und eine entsprechende Agitation zunehmend in guten politischen Abstimmungsergebnissen

niederschlugen, in den Niederlanden, in Großbritannien, in Frankreich, in Deutschland und nicht zuletzt bei der Wahl des Europäischen Parlaments 2014. Populisten wie Marine le Pen in Frankreich, Alexis Tsipras in Griechenland, Beppe Grillo in Italien oder Nigel Farage in Großbritannien zogen aus der Krise der politischen Legitimation Europas politischen Gewinn. Auch in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden sind die Populisten seit der Wahl deutlich präsent. Was die Entwicklung zum Teil so schwierig macht: In Gestalt der Alternative für Deutschland (AfD) oder der Bürgerbewegung ›Pegida‹ sind dabei die Grenzen zwischen Bürgerprotest, alternativer Politikgestaltung und rechtsextremen Tendenzen fließend. Insbesondere bei der AfD hat die Radikalität eine Verführungskraft entwickelt, die für das etablierte politische System der Bundesrepublik Deutschland mit Blick auf die politischen Erfolge der NDP oder der Republikaner nicht neu, in ihrer Raffinesse aber bemerkenswert sind. Hier wurde klar, dass hinter den politischen Erfolgen der jungen Partei nicht nur dumpfer Nationalismus oder primitiver Rassismus standen, sondern strategische und auch philosophische Reflektionen, die den Vorteil des Radikalen instrumentalisieren. Und mit Blick auf Fragen der politischen Integration Europas galt: viele Globalisierungsverlierer wendeten sich so den EU-Gegnern zu und Radikale und Populisten wurden damit zum »neuen Dämon der EU« (Kornelius 2014).

Die ›Failing States‹ wurden in den 2000er Jahren zum Globalisierungsproblem

Hierbei sind, wie der aktuelle Bertelsmann Transformation Index gezeigt hat, soziale Konflikte nicht nur in den stabilen Staaten der OECD-Welt von Belang, sondern auch in den unterentwickelten und gescheiterten Staaten dieser Welt. ›Failing States‹ sind ›gescheiterte‹ Staaten. Der Begriff entstand Ende der 1990er Jahre und war eng mit den chaotischen oder selbstzerstörerischen Eigenwegen von Staaten nach Ende des Ost-West-Konflikts verbunden. Es handelt sich um Länder, die ihre grundlegenden Aufgaben von Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität bzw. Rechtsstaatlichkeit nicht oder nicht mehr ausreichend erfüllen können und die Stabilität der Staatsgewalt nicht mehr gegeben ist. Als gescheiterte Staaten gelten demnach solche Länder, in denen das staatliche Gewaltmonopol und grundlegende Verwaltungsstrukturen so stark eingeschränkt sind, dass die Regierung kaum handlungsfähig ist oder ihre Regierung, Behörden, staatliche Einrichtungen weitgehend zerfallen (Bertelsmann Stiftung 2014).

Abbildung 8: Gescheiterte Staaten anhand des Failed States Index 2012



Legende

Alarm: fett schwarz

Warnung: dunkelgrau

Mäßig: grau

Stabil: anthrazit

Keine Information: hellgrau

Quelle und Grafik: Fund for Peace/Foreign Affairs¹¹ (Hierbei dürfte zu berücksichtigen sein, dass nach Erstellung des Index' weitere Staaten in die Kategorie ›Alarm‹ aufgerückt sind, so etwa Libyen und natürlich Syrien).

Massenarmut und soziales Elend, Ausbeutung, persönliche und öffentliche Gewalt und die schiere Ausweglosigkeit der eigenen Lage sind dort nach wie vor eine sprudelnde Quelle gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und hoffnungsloser Perspektiven. Verteilungskonflikte, körperliche Gewalt, der alltägliche Kampf ums Überleben, nachhaltige Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Ausschluss von Frauen oder Minderheiten am gesellschaftlichen Leben – kurzum alle Übel einer barbarischen, inhumanen und unmodernen Welt – bilden das Gemenge, in dem persönliche, ethnische, kulturelle und schließlich politische Differenzen gewaltsam ausgetragen werden. Dies betraf seit den 1990er Jahren bis in die frühen 2010er Jahre zum Beispiel den Balkan, weite Teile Nordafrikas wie Syrien, Libyen, Ägypten, Tunesien, den Sudan oder Somalia. Mitte der 2010er Jahre waren nach UNO-Angaben weltweit ca. 33 Millionen Binnenflüchtlinge in ihren Heimatländern auf der Flucht. Alleine in Syrien flohen täglich etwa 9.500 Menschen vor dem Bürgerkrieg. Das waren 2,5 Millionen mehr als 2012 und laut dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und dem Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC) ein neuer (trauriger) Rekord.

11 | Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gescheiterter_Staat#cite_note-5, aufgerufen am 14. Mai 2014 und <http://ffp.statesindex.org/rankings-2013-sortable>, aufgerufen am 15. Mai 2014.

Rechnet man die grenzüberschreitenden Fluchtbewegungen hinzu, waren es 2013 über 45 Millionen Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt kamen Länder wie Afghanistan, Kolumbien, Nigeria, die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik als Orte der Binnen- und Butenflucht zu den oben genannten Staaten hinzu.¹² Mit Blick auf Europa wurde im Mai 2014 die Dramatik dieser Fluchtbewegungen klar: die Zahl der Fluchtversuche nach Europa hat im ersten Quartal 2014 drastisch zugenommen. Nach Angaben der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex wurden alleine von Januar bis April 2014 mehr als 42.000 Menschen bei dem Versuch aufgegriffen, die EU-Außengrenzen illegal zu übertreten. Das waren dreimal mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.¹³ Dies hat sich als ein spektakuläres Konfliktthema der Globalisierung erwiesen, das sich dann im Rahmen der beispiellosen Kriegs- und Armutsvölkerwanderung 2015 nochmals um ein vielfaches verstärkte und sich um die Aspekte der Aufnahme, Betreuung und Integration der Armut- und Kriegsmigranten in ganz Europa weiter aufgeladen hat. Dies führte zu einer dramatischen Zunahme der Flüchtlinge. Weltweit waren 2016 über 65 Millionen Menschen auf der Flucht.¹⁴

Kriegs- und Armutsmigration wird zum dauerhaften Phänomen ...

Die zunehmende Wucht der Kriegs- und Armutsfucht zwang sowohl die Europäische Kommission als auch die unterschiedlich betroffenen Mitgliedstaaten 2015 zum Handeln. Insbesondere die italienische, griechische und spanische Regierung hatten wiederholt und energisch darauf aufmerksam gemacht, dass eine fehlende europäische Einwanderungskonzeption nicht hinnehmbar sei und dass es vor dem Hintergrund der europäischen Solidarität nicht akzeptabel sei, dass ihre Länder mit dem Flüchtlingselend allein gelassen würden. Die organisatorisch-technische und, noch wichtiger, die politische Frage dabei war, was genau mit den Flüchtlingen zu geschehen habe, wie Aufnahme oder Abschiebung genau geregelt sind und – im Kern – welches europäische Land nach welchen Kriterien wie viele Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen habe. Dementsprechend legte die europäische Kommission im Mai 2015 ein Quotensystem vor, womit Flüchtlinge auf die 28 Mitgliedstaaten der EU im Verhältnis zu dem Bruttosozialprodukt, der Bevölkerungszahl und der Arbeitslosenzahl des jeweiligen Landes verteilt werden sollen. Die darauf folgenden Entwick-

12 | Vgl. www.spiegel.de/politik/ausland/binnenfluechtlinge-millionen-menschen-in-heimatlaendern-auf-der-flucht-a-969353.html, aufgerufen am 15. Mai 2014.

13 | Vgl. Europa erwartet Rekord bei Flüchtlingen, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai 2014.

14 | Vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>, aufgerufen am 12. Oktober 2016.

lungen zeigten, dass das vorgeschlagene europäische Quotensystem oder eine Rückkehr zum Dublin-Prozess scheiterten. Erst Spanien, dann Ungarn, dann weitere osteuropäische Mitgliedstaaten bauten Grenzzäune, um die Flüchtlingswelle einzudämmen.

... und ist nicht nur ein humanes Desaster sondern bläht sich auch auf zu einer grundsätzlichen Herausforderung der europäischen Integration

Das eigentlich mit dem Dublin-Prozess geregelte System einer europäischen Flüchtlingspolitik funktionierte nicht mehr, weil die Behörden etwa in Italien viele Flüchtlinge nicht registrierten oder Länder wie Ungarn oder Slowenien die Flüchtlinge erst durchwinkten und dann durch den Bau von Zäunen am Betreten der EU hinderten. Die Flüchtlingsströme ebten aber nicht ab, sondern suchten sich andere Wege. Häufig tauchten die Flüchtlinge unter, wandern über andere Wege weiter nach Schweden oder Deutschland. Neben der Flüchtlingsquote sah der Vorschlag der EU-Kommission eine Anlaufstelle für Flüchtlinge in Niger vor. Dort sollten sich die Menschen informieren, Schutz finden und sich für eine Aufnahme in Europa bewerben können. Zudem bewarb sich die EU vor dem UN-Sicherheitsrat für ein Mandat, dass einen europäischen Militäreinsatz gegen Schlepper erlaube. Die Boote sollten damit noch vor ihrem Einsatz zerstört werden.¹⁵ Dies waren leider alles Vorschläge für den Augenblick. Die weitere Dynamik der Migration nötigte Politik und Zivilgesellschaft immer mehr Einzelgänge, Unregelmäßigkeiten, Konflikte, Hilflosigkeit oder Überforderungen auf. Für die europäische Integration war diese Entwicklung integrationspolitisch ein Desaster. Auch Deutschland, Schweden oder Österreich reihten sich 2015 in die Reihe derjenigen Staaten ein, die durch die fehlende europäische Solidarität genauso enttäuscht waren wie vor ihnen Spanien, Italien oder Griechenland.

Damit zeigte die Explosion der Flüchtlingsströme aus West-, Nord- und Ostafrika sowie aus dem Balkan die ordnungspolitische Hilflosigkeit und die Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten in dieser katastrophalen Krise auf. Das Lavieren um Lösungen bei den Herkunftsländern der Flucht, die Unwirksamkeit des Dublin-Prozesses, die verzweifelten Versuche, das Problem über den Abschuss von Schlepperbooten zu lösen, die Reduzierung des Flüchtlingsprogramms »Mare Nostrum« usw., alles dies zeigte auf: die Krise wurde nicht nur zu einem Lackmустest der europäischen Solidarität. Sie verdeutlichte wieder einmal grundsätzliche Defizite der europäischen Integration, die sich im Spannungsfeld von Gemeinschaftspolitik und nationaler Souveränität selbst hemmt. Die Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten war offensichtlich aus innenpolitischen Gründen unterschiedlich

15 | Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai 2015.

ausgeprägt; das Dublin-System war im Rahmen der ausufernden Flüchtlingsproblematik nicht mehr sachdienlich und die Uneinigkeit der Europäer hinsichtlich der Übernahme von Verantwortung und Lasten sind zur Belastung des integrationspolitischen Entwicklungsprozesses geworden, der ohnehin im Zeichen der europäischen Staatsschulden- und Währungskrise, der GREXIT-Diskussion und des drohenden BREXIT zu dieser Zeit einem extremen Stresstest unterworfen war. Erst mit dem EU-Sondergipfel zur Flüchtlingsproblematik im September 2015 in Brüssel kam in diese völlig verfahrenere Situation etwas Bewegung. Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich mit Ausnahme der Slowakei, Tschechiens, Ungarns und Rumäniens darauf, Flüchtlinge nach einem Verteilschlüssel auf die Mitgliedstaaten zu verteilen und ordentliche Auffanglager in Griechenland und Italien zur Registrierung und Verteilung der Ankömmlinge zu errichten. Zudem wurde eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die besonders betroffenen Staaten wie Italien und Griechenland versprochen und auch die Türkei sollte besser unterstützt werden, was schließlich zum Flüchtlingspakt der EU mit der Türkei 2016 führte.¹⁶ Obwohl zu diesem Zeitpunkt nun der Druck zur Einigung auf ein gemeinsames Asylsystem in Europa stieg, täuschte dieser bescheidene ›Erfolg‹ angesichts der Masse der Flüchtlinge nicht darüber hinweg, dass es in Europa keine Einhelligkeit in dieser Frage gab. Die Ereignisse Anfang der 2016er Jahre zeigten dann mit der zunehmenden Abschottung Europas auf: das geltende Rechtssystem der Dublin-Regeln griff nicht mehr und ein neuer europäischer Krisenmechanismus kam nicht in Gang. Im eisigen Frühjahr 2016 wallten nationale Gefühle auf und die Grenzen Europas wurden wieder zu einem Wall. Die Flüchtlingskrise blieb deshalb eine Krise der europäischen Integration. Auch wenn die These des Münchner Europaforschers Werner Weidenfeld bis dahin stimmte, dass Erfolge im Prozess der europäischen Integration immer aus Krisen entsprungen sind, stellt sich jedes mal die Frage neu, ob diese Erkenntnis auch in Zeiten der Globalisierung weiterhin ihre Gültigkeit behält.

Einwanderung und Integration wurden in Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich drei Jahrzehnte lang ignoriert

Im Zusammenhang mit anderen Migrationsursachen und der Integration von Einwanderern und Flüchtlingen lud sich die Problematik um den Faktor eines neuartigen ›Gegeneinanders‹ in der globalisierten Gesellschaft auf, was nicht nur innenpolitische, sondern auch sicherheits- und außenpolitische Konsequenzen hat. Herwig Birg monierte Anfang der 2000er Jahre mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland, dass ungesteuerte Migration für die Lebens-

16 | Vgl. »Eine Milliarde für Flüchtlingslager im Nahen Osten«, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. September 2015.

wirklichkeit vieler Städte und Gemeinden ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen habe. Dadurch sei nicht eine multikulturelle Gesellschaft entstanden, sondern ein Gesellschaftstyp, den er als konfliktträchtige »Multiminoritätengesellschaft« bezeichnete. Vielerorts in Europa, warnte Birg, könne die bisherige Mehrheitsgesellschaft bis 2020 ihre Stellung verlieren. Das gelte vor allem für die Altersgruppe der Menschen unter 40 Jahren, die für die Gestaltung der Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Für ihn drohte damit die Stabilität unserer gesellschaftlichen und kulturellen Basis aus den Fugen zu geraten. Die um sich greifende Kinderlosigkeit untergrabe den Generationenvertrag als Kern des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dies führe zu einer demographischen Spaltung, wie sie gefahrenträchtiger kaum vorstellbar sei. Diese Spaltung bedrohe nicht nur die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, sondern auch das Gerechtigkeitsziel, welches das Fundament unserer Verfassung bildet (Birg 2001).

Die Konfliktlagen der Migration wurden anfangs stark dramatisiert, die Chancen und Notwendigkeiten einer intelligenten Zuwanderung und humanen Integration aber unterbelichtet

Zu dieser Zeit ging auch der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz auf die Konfliktlagen der Migration ein. Die Gesellschaft werde durch Migration immer heterogener. In größerem Umfang als bisher werde sie durch ethnische oder religiöse Gemeinschaften geprägt, deren Repräsentanten nicht nur ihre Pflichten erfüllen, sondern auch Ansprüche formulieren werden. In vielen gesellschaftlichen Bereichen werde dies einen aktiveren Verständigungsprozess erfordern, etwa bei der Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften, beim Religionsunterricht an staatlichen Schulen, bei der Berücksichtigung von Feiertagen oder in der Frage, inwieweit Sprache, Geschichte und Literatur der jeweiligen Herkunftsländer der Migranten im Schulunterricht behandelt werden sollen. Dies könne zu Reibungen zwischen ethnischen und religiösen Einwanderungsgruppen oder zwischen ihnen und Teilen der einheimischen Bevölkerung führen. Darüber hinaus schüre Migration dann den Konflikt, wenn Zuwanderer aus wenig oder nicht-demokratischen Ländern kommen und demokratische Regeln und Verfahren missachten. Der Islam mit seinen verschiedenen Verhaltensweisen und Verboten spiele direkt oder indirekt immer noch eine wichtige Rolle im alltäglichen Leben vieler Migranten. Religiöse Vorschriften zeichneten sich dadurch aus, dass ihrer Achtung nicht juristisch, sondern durch sozialen Druck ein gewisser Nachdruck verliehen wird (Verwandtschaft, religiöse Lehrer, islamische Gemeinde, religiöse Vereine etc.) und dass ihre Missachtung mit Folgen in Form von Ausgrenzung, Missachtung und Diskriminierung einhergehen. Schwierig werde es vor allem auch dann, wenn deren Anführer – wie im spektakulären Falle des ›Kalifen von

Köln – die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Gastlandes ostentativ ignorieren.

Viele ethnische, religiöse oder politische Gruppen operierten im Rahmen ihrer spezifischen Interessen im Aufnahmeland. Sie versuchten dort, Aktivist*innen zu rekrutieren und finanzielle Ressourcen zu generieren. Dies könne verstärkt dazu führen, dass ihre politischen, ethnischen oder religiösen Konflikte nicht nur im Herkunftsland oder der heimatlichen Region, sondern auch im Aufnahmeland eine größere Rolle spielen. Gleichzeitig führe Migration zu einer stärkeren Verflechtung von Aufnahme- und Herkunftsländern. Sie erhalte damit eine höhere außen- und sicherheitspolitische Bedeutung. Wahlen, Krisen und andere politische Ereignisse im Herkunftsland fänden verstärkt auch im Aufnahmeland ihren Niederschlag, wo zusätzlich die Konflikte der Heimat ausgetragen werden. In der Bundesrepublik Deutschland waren und sind die Aktivitäten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkezen Kurdistan, PKK) hierfür ein anschauliches Beispiel. Die Organisation war insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren in Deutschland aktiv und auch nach ihrem Verbot 1993 und ihrer Einstufung als kriminelle Vereinigung 1998 trat sie bis heute als aktive politische Kraft in Deutschland auf. Dabei hat sich die Zahl der PKK-Mitglieder in Deutschland seit ihrem Verbot von 6.900 Mitgliedern auf 13.000 Mitglieder fast verdoppelt. Ihre Finanzausstattung gilt dabei mit etwa acht Millionen Euro p.A. als beachtlich.¹⁷ Anfang der 2010er Jahre wurde dieser Kontext immer stärker aufgeladen, als Al-Qaida oder der sogenannte islamistische Staat immer stärker in den europäischen Ländern Personal über Radikalisierung akquirierten, die dann entweder in den Dschihad zogen oder in ihren Heimatländern Terrorattentate verübten.

Alles dies waren einerseits aufgeregte oder, im schlimmsten Fall, paranoid angehauchte, andererseits aber auch plausible oder begründete Sorgehorizonte Anfang der 2000er Jahre, als der Hype der Globalisierungssängste eindringlicher und gefragter war als nüchterne Reflektionen über die Chancen einer Einwanderungsgesellschaft – auch in Deutschland. Der abgeklärtere Blick auf diese Problematik 15 Jahre später zeigte dann ein ambivalentes Bild:

»Moscheestreit, Ausländerkriminalität, illegale Zuwanderung, Ehrenmord, Zwangsheirat, Kopftuchverbot – das sind Schlagworte, die sich in der Debatte um die gelungene oder missglückte Aufnahme von Zugewanderten oft in den Vordergrund drängten. Auch wenn diese Reizbegriffe in keiner Weise das objektive Bild der Integration in Deutschland zeichnen: sie sind doch untrügliches Indiz dafür, dass einiges schief gelaufen ist bei der Eingliederung der mittlerweile rund 15 Millionen Menschen aus anderen Ländern und deren Nachkommen der zweiten und dritten Generation« (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 4).

17 | Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 2013.

Die Rekrutierung psychisch instabiler Novizen aus Deutschland und Europa durch den IS war 2016/2017 etwas abgeschwächt, insgesamt aber nach wie vor ungebrochen.

Die Zuwanderung zeigte deshalb politische Wirkung. Die Integrationsproblematik verursachte Probleme, deren Folgen man allzu oft ausgeblendet hat. Dies wurde auch in anderen Ländern deutlich. So etwa in den USA oder Frankreich, wo benachteiligte Randgebiete von Großstädten zu Herausforderungen für die Innenpolitik geworden sind. Arbeitslosigkeit, städtische Verwahrlosung und Gewalt prägen dort seit 30 Jahren den Alltag. Während etwa in Los Angeles die Häuser im Kampf zwischen Unterschicht und Migranten sowie Polizei brannten, sind die französischen Banlieues zum Inbegriff einer gescheiterten Migration geworden, die allerdings auch durch andere Faktoren gespeist worden ist: die Erklärungsansätze in Wissenschaft und Politik für die Ursachen der Unruhen sind vielfältig; sie reichen von einer sich verschärfenden sozialräumlichen Ausgrenzung, einer Krise des republikanischen Integrationsmodells, einer postkolonialen Krise, mangelhafter Stadtpolitik, Repression durch die Polizei über eine zunehmende Islamisierung und Kriminalität unter Jugendlichen bis hin zu einem negativen Einfluss der Medien. Insgesamt zeigt das Beispiel der Banlieues auf, dass verschiedene Aspekte der Globalisierung wie eine gescheiterte Integrationspolitik von Kriegs- und Armutsflüchtlingen ursächlich für dieses Problem sind.¹⁸ Auch in Deutschland kamen solche Integrationsprobleme zunehmend auf. Sie kulminierten in der Silvesternacht 2015/2016 mit Übergriffen von nordafrikanischen Migranten und Asylbewerbern auf deutsche Frauen am Kölner Hauptbahnhof direkt vor der imposanten Kulisse des Kölner Doms im Rahmen von Diebstahl, sexueller Nötigung und Vergewaltigung. Angesichts der ohnehin angeheizten Atmosphäre mit Blick auf die Flüchtlingsbewegungen 2016 verdeutlichten sie drastisch, dass die Migrationsproblematik nicht wirklich im Rahmen eines Einwanderungskonzeptes und eines Einwanderungsrechts erfasst worden sind – national wie europäisch.

Probleme der Einwanderung und Integration dienen in Deutschland der Profilierungssucht einzelner Populisten und rechtspopulistischer Parteien

Demgegenüber war Deutschland offiziell noch nicht einmal als Einwanderungsland deklariert, hatte aber tatsächlich mit den Problemen einer fehlenden Integration der ausländischen Mitbürger zu kämpfen. Dies war Grund für innenpolitischen Konfliktstoff. 2010 schüttete Thilo Sarrazin populistisches Öl ins Feuer der Integrationsdebatte, als er auf einen aus seiner Sicht »üblen

18 | Vgl. www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152511/problemgebiet-banlieue, aufgerufen am 19.Mai 2014.

Zusammenhang von Geburtenrückgang, Zuwanderung und wachsender Unterschicht glaubte hinweisen zu müssen (Sarrazin 2010). Auch Bernd Lucke von der AfD griff die Phobie vieler Deutscher gegenüber der Migration auf und suchte mittels subtiler Agitation, das Thema für seine neugegründete Partei zu nutzen. Diese Polemik blendete aus, dass Millionen von Migranten ihrer Arbeit nachgehen, ihre Familien fürsorglich betreuen und ihren staatsbürgerlichen Pflichten sorgsam genügen. Sie blendete auch aus, dass diese Menschen normale Bürger des Landes geworden sind, die anteilig erheblich zum Wohlstand Deutschlands beitragen und nicht, wie viele glauben, das Land in habgieriger Weise durch ungerechtfertigte Sozialleistungen berauben.

Insgesamt standen sich in der Integrationsdebatte zwei Lager gegenüber: Auf der einen Seite diejenigen, welche die Notwendigkeit von Integration schlicht verleugneten und die Tatsachen ignorierten, dass Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden ist. Auf der anderen Seite diejenigen, die zwar die Bedeutung der Zuwanderung nach Deutschland wahrnahmen, aber glaubten, durch falsch verstandene Multikulti-Toleranz sämtliche Hürden des Zusammenlebens von Zugewanderten und Einheimischen zu überwinden. Wirkliche Integration wurde von keiner Seite gefordert oder gefördert. Insofern wurden die Konfliktlagen der Migration zum Teil überdramatisiert, ihre Chancen im Rahmen einer intelligenten Integration dagegen leider übersehen. Dass diese ›politische Hyperventilation‹ in vielem irgendwann nicht mehr angebracht war, werden wir später noch genauer sehen. Allerdings brachen alle Emotionen hinsichtlich der Fragen von Kriegs-, Armuts- oder Klimamigration dann Mitte der 2015er Jahre im Rahmen der enormen Wanderung von Menschen aus Südosteuropa und Afrika nach Europa wieder auf. Hierbei zeigte sich, dass die 2010er Jahre keine Beruhigung in die Zuwanderungsdebatten in Deutschland und Europa zuließen.

Die Völkerwanderung in Europa 2015/2016 störte eine weitere Entspannung im Umgang mit Migration und Integration

Zug um Zug entwickelte sich Deutschland in den 1990er und 2000er Jahre zur Einwanderungsgesellschaft. Die deutsche Zivilgesellschaft und der deutsche Staat brachten funktionierende Integrationsformen und Schlichtungsmittel auf den Weg, auch in sozialen Brennpunkte. Der enorme Migrationsdruck der 2010er Jahre allerdings störte eine weitere Entspannung im Umgang mit Migration und Integration, die an vielen Stellen des Landes zu besichtigen war. Er führte zu einer teilweisen Überforderung der deutschen Gesellschaft und der lokal- und regionalpolitischen Strukturen der Verwaltung; alle möglichen Ressentiments gegen Ausländer und das Fremde brachen wieder auf. Dies betraf auch andere Mitgliedsländer der EU, die einerseits ebenfalls durch massenhafte Migration in Bedrängnis gerieten und andererseits im Rahmen des euro-

päischen Intergovernmentalismus gemeinsam zu einem gemeinschaftlichen Verhalten nicht in der Lage waren. Drastische Interessengegensätze mit Blick auf die Dublin-Regeln, Aufnahmequoten, bürokratische Registrierungsverfahren, Auffanglager, Grenzregime oder Migrationsverpflichtungen zeigten klar die Grenzen des Intergovernmentalismus in der EU auf, die weder Bundesstaat noch Staatenbund ist.

Der Europaforscher und Politikberater Josef Janning wies in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass sich der Intergovernmentalismus in dieser Situation als untaugliches Regierungsprinzip erwiesen habe und dass dies als schleichendes Gift für die europäische Integration wirke. Die politische Kultur der europäischen Integration würde sich damit fundamental ändern und ihre gemeinschaftlichen Wurzeln verfaulen. In dieser Situation erschiene die EU wie eine Quasi-Föderation, die unterlegt sei mit dem Geist konföderalistischen Denkens. Mit Blick auf die moderne Ideen- und Gründungsgeschichte der EU kann man es auch so formulieren: während das Europa der Gegenwart im Angesicht der Krise eigentlich mehr ein Europa im Geiste Jean Monnets sein sollte, erscheint es doch mehr als ein Europa der Vaterländer im Sinne Charles de Gaulles (Janning 2015).

Vor dem Hintergrund dieses subtilen staatsrechtlichen Schismas können die Erwartungen kurzfristig an eine gute und legitimierte europäische Einwanderungspolitik nur gering ausfallen. So hat sich die Europäische Union schon während der 1990er Jahre wenig an einem europäischen Einwanderungskonzept und einem differenzierten gemeinschaftlichen Integrationsrecht interessiert gezeigt, obwohl die Erwartung eines steigenden Migrationspotenzials überaus plausibel und die Politikberatung diesbezüglich über zwei Jahrzehnte eindeutig war (Weidenfeld [Hg.] 1994). Insofern kamen 2015 alle wesentlichen Detailprobleme der Migrationsproblematik hoch: wie geht die EU mit der Verheißung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand um, wenn sie diese dann nicht mit einem legitimierten Einwanderungskonzept realistisch befriedigen kann? Wie geht die Union mit fundamentalen Menschenrechten um, zu dem das Recht auf Asyl in Gefährdungslagen essenziell dazu gehört? Und wie kanalisieren Kommission und Mitgliedstaaten den populistischen Druck, der sich in einer solchen Situation wie Mehltau auf die Mitgliedsländer legt und extremistische Parteien und Ansichten auf den Plan rufft? Hastige staatliche und supranationale Abwehrmechanismen, die auf staatlicher Ebene versagen, werden innerhalb der Gesellschaften aktiv: radikale Ablehnung weiteren Zuzugs, Nationalismus und gewaltbereite Überfremdungangst nehmen zu. Nationale Grenzkontrollen verlagern nur Probleme von den Außen- an Binnengrenzen. Zäune und Stacheldraht wenden den Flüchtlingsstrom nicht ab, sondern stauen ihn nur. Die EU reagierte 2015 fragmentiert und zum Teil konfus und hatte angesichts der nationalen Alleingänge, die sich in chaotischer Manier vollzogen, nichts zu bieten (Adam 2015). Im Ergebnis stehen

dann wieder jene Ängste und Sorgen im Raum, die vor zehn Jahren vor den absehbaren Integrationsproblemen warnten und die vor einigen Jahren schon als abgeschwächt erschienen. Selbst die evangelische, katholische und orthodoxe Kirche in ganz Europa fürchteten 2015 in Europa eine Renationalisierung der sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse.¹⁹

5. DIE ENDLOSSCHLEIFE ALTER KONFLIKTMUSTER

Das Ende des Ost-West-Konflikts befreite viele lokale oder regionale Auseinandersetzungen von den Fesseln der überlagerten ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Ethnische und nationalistische Aufwallungen oder Stammesauseinandersetzungen zum Beispiel in Zentral- und Ostafrika entfalteten sich – zum Teil als Genozid, wie etwa in Ruanda in den 1990er Jahre im Kampf zwischen Tutsi und Hutu oder im ehemaligen Jugoslawien – als erbarmungslose Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Bevölkerungsteilen. Gleichzeitig profilierten sich neue Konfliktformationen durch einen religiösen Aktivismus, der zum Kennzeichen von politischen Rebellen oder sich religiös gebärdenden Banditen weltweit geworden ist. Von Al-Quaida über die Hizbollah bis hin zu christlichen Milizen oder jüdischen Extremisten zeichnete dieser Aktivismus eine Landkarte innerhalb dieses komplexen religiösen Terrains und verdeutlichte ein neues Zusammenspiel von Religion und Politik, das durch das Vorschreiten der Globalisierung und die explosionsartige Ausbreitung einer neuen Religionspolitik stimuliert worden ist. Der religiöse Aktivismus wurde dabei auch durch die Erosion säkularer nationaler Identitäten und den Zusammenbruch des Vertrauens in die moralischen Grundlagen des säkularen Staates provoziert. Die internationale Gemeinschaft muss seitdem verstärkt mit religiös geprägten Formen des Nationalismus umgehen und kann sie aufgrund ihrer kompromisslosen und brutalen Radikalität nicht verdrängend oder mit schlichten Vorstellungen eines religiösen Fundamentalismus verteufeln (Jürgensmeyer 2009).

Globalisierung profiliert empfindliche Reibungsflächen zwischen den Kulturen ...

Der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington hat bereits Ende der 1990er Jahre daraus den ›Clash of Civilization‹ abgeleitet, also den Zusammenprall der Kulturen, auf den ich eingangs als Problemstruktur der kulturellen Globalisierung bereits hingewiesen habe. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstanden Hoffnungen auf friedliche Beziehungen durch Frei-

19 | Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. Oktober 2015.

handel zwischen den Ländern auf der Welt und hier insbesondere zwischen islamisch geprägten Ländern und dem Westen. Huntington hielt dies von Anfang an für eine Illusion, den Anspruch der Universalität der westlichen Werte für naiv. Er sah die Reibungen zwischen den unterschiedlichen Werte- und Gesellschaftssystemen als unvermeidlich an, weil schwindende Entfernungen, effektive Kommunikations- und Transportmittel sowie das internationale Regime des liberalisierten Welthandels früher bestehende Schutzfunktionen in vielen Gesellschaften aufheben. Für Huntington trat die Weltpolitik mit der dritten Globalisierung in ihre ›vierte Phase‹ ein. Die erste Phase reichte bis zur Französischen Revolution. Sie war die Phase des Krieges der Fürsten. Im 19. Jahrhundert ging sie in die zweite Phase des Krieges der Völker über, die dann nach dem Ersten Weltkrieg einmündete in die dritte Phase des Krieges der Ideologien. Die vierte, mit dem Fall der Berliner Mauer eingetretene und bis heute gültige Phase, ist der ›Clash of Civilizations‹. Danach ersetzen zivilisatorische Verwerfungen zwischen den Kulturen die politischen und ideologischen Grenzlinien als Auslöser von Krisen und Blutvergießen.

Seine Schlussfolgerung, der Westen müsse seine Gefährdung erkennen, zusammenrücken und sich auf das Schlimmste vorbereiten, wurden im Anschluss äußerst kritisch beurteilt da eine echte Abgrenzung zwischen Westen und (muslimischem) Osten nicht möglich sei und seine Thesen nur eine schwache Erklärungskraft hätten.²⁰ Die Konstruktion eines ›Clash of Civilizations‹ ist in der Tat irreführend. Er setzt voraus, dass bestimmte Werte fest mit einer gesamten Zivilisation verbunden sind. Der islamische Fundamentalismus mag eine gewisse Nähe zum Islam haben, aber er repräsentiert nicht die gesamte islamische Zivilisation. Fundamentalismus ist nicht der eine Islam. Darüber hinaus ist er in sich sehr heterogen. Er ist unterschiedlich in seinen Zielen, Motiven und seiner Gewaltbereitschaft (Riesebrodt 1990). Hilfreich ist deshalb die klare Differenzierung von Martin Riesebrodt, der diesbezüglich unterschied zwischen einem »Fundamentalismus der Weltflucht«, der im Rückzug aus der sündigen Gesellschaft eine ideale Gemeinschaft zu schaffen sucht, und einem »Fundamentalismus der Weltbeherrschung«, der sie auf reformistischem oder revolutionärem Weg umzugestalten sucht. Zahlreiche Vertreter des fundamentalistischen Islamismus konzentrieren sich dabei ganz auf die Nachfolge des Propheten Muhammad, scheuen politisches Engagement und lehnen Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele ab (ebd.: 20). Andere aber nicht.

20 | Vgl. Tony Smith, Daniel Howell und Bruce Nussbaum in ›Response‹, in: Foreign Affairs 76, 1997.

... produziert aber kein fundamentales Gegeneinander unterschiedlicher Kulturkreise, ...

Das politische Meinungsspektrum in der islamischen Welt ist breit gefächert. Ähnlich wie in Europa kann man dort liberale, konservative oder progressive Positionen finden, selbst wenn dies aufgrund der relativ großen räumlichen Entfernung oder einer kulturellen Distanz der Massenmedien in Europa oder den USA vor dem 11. September 2001 nicht von einer breiten Bevölkerung wahrgenommen worden ist. Der Islam hat in den verschiedenen Gesellschaften, wo er stark vertreten oder dominant ist, ein sehr unterschiedliches Gesicht (Scholl-Latour 1983, Konzelmann 1991, Haarmann/Halm 2001). Im ›grünen Gürtel‹, von Indonesien bis hin nach Algerien, das heißt vom östlichsten Zipfel Asiens bis zum westlichen Teil Nordafrikas, spielen nicht nur schiitische oder sunnitische Glaubensrichtungen in einer monolithischen und historisch gleich gewachsenen Form eine Rolle, sondern auch die lokalen und zum Teil sehr speziellen Eigenheiten der länderspezifischen Kultur oder die mentalen Prägungen der herrschenden Eliten. Hinzu kommt, dass trotz der Ablehnung des westlichen Gesellschaftsmodells in den 1980er Jahren im Nahen und Mittleren Osten der Ruf nach Demokratie wieder lauter geworden ist, auch wenn die Überlegungen zumeist auf eine ›authentische‹ Form einer spezifischen islamischen Demokratie zuliefen (Krämer 1999: 11). Mit dem ›Arabischen Frühling‹ 2010/2011 und Mitte der 2010er Jahre bestätigte sich dieser Trend. Die islamische Welt ist auf ihre Art und Weise plural. Zudem wollen die Eliten in einigen Staaten islamistische oder fundamentalistische Aspekte nicht zu sehr betonen. Solche Staaten – wie etwa Ägypten – fürchteten, den radikalen Islamisten im eigenen Land neuen Auftrieb zu geben, die man Anfang der 2000er Jahre unter Kontrolle gebracht hatte. Das säkularisierte Regime dort erinnerte sich höchst ungerne an die Landsleute, die in Afghanistan Seite an Seite mit den Mudschahedin kämpften und nach ihrer Rückkehr zu einer Bedrohung für die politische Stabilität im Lande wurden (Steinberger 1999), was das Regime nach der kurzen ruinösen Herrschaft von Präsident Mursi und den Muslim-Brüdern Anfang der 2010er Jahre dann bewog, mit der Androhung von Hinrichtungen und schweren Repressalien gegen den Islamismus im eigenen Land vorzugehen und das Land mit einem Militärputsch aus dieser Situation herauszulösen.

Wenn sich Menschen aus religiösen, moralischen oder politischen Gründen gegen etwas wenden, sind es diese Grundsätze, die sie leiten, und nicht die komplexe Architektur einer gesamten Zivilisation, die dahinter steht. Menschen opponieren aus individuellen Gründen, nicht wegen einer Zivilisation. Trotz der Kritik an Huntington sind kulturelle Widerstände gegen die Globalisierung aber offensichtlich, denn spätestens die Verallgemeinerung der eigenen, fundamentalistischen Wertemuster als Motiv für den Terroranschlag auf

die USA am 11. September 2001 hat gezeigt, dass kulturelle oder religiöse Reaktionen gegen eine als bedrohlich verstandene Hegemonie westlicher Werte oder Lebensweisen ernst zu nehmen sind.

Insofern haben sich die Auffassungen hinsichtlich des Charakters der Auseinandersetzungen zwischen den Weltkulturen differenziert, auch wenn Terrorismus und Auseinandersetzungen zwischen Okzident und Orient mit der Jagd auf Osama Bin Laden und die Al-Quaida im Rahmen des Afghanistan- und Irankrieges die 2000er Jahren weiterhin bestimmten. Trotz des sukzessiven Rückzugs westlicher Truppen aus diesen Ländern Anfang/Mitte der 2010er Jahren war das Thema der okzidental-orientalen-Auseinandersetzung damit nicht aus der Welt. Als die USA der Hydra des islamischen Terrorismus in Gestalt von Osama bin Laden den Kopf abgeschlagen hatten, wuchs mit dem sogenannten Islamischen Staat sofort ein neuer Kopf nach, der im Rahmen seiner ausgedehnteren Aktivitäten ein Mehr an terroristischer Bedrohung bedeutete.

... wirft aber trotzdem schwierige Fragen hinsichtlich der Identität von Menschen und Völkern auf

Trotzdem Huntingtons ›Kampf der Kulturen‹ insgesamt in eine irreführende Richtung wies, wirft die dritte Globalisierung zukünftig dennoch viele Fragen nach der Standortbestimmung von Gesellschaften und den Formen des interkulturellen Verkehrs zwischen ihnen auf. Die Vielfalt der Kulturen begründet zivilisatorischen Reichtum, sie bildet aber auch die Ursachen für Krisen und Konflikte. Nicht selten sind in der Geschichte der Kriege das Ziel und der Gegner durch die Grenzziehung zwischen den Kulturen definiert worden. Perverser Höhepunkt war hierbei zweifellos die Überhöhung kultureller Aversionen zur gnadenlosen rassistischen Anklage des jüdischen Volkes durch Adolf Hitler und seine Schergen. Die heutige wie zukünftige Weltkarte politischer Spannungen und Aggressionen veranlasst wieder viele Beobachter, sich verstärkt mit Konflikten zu befassen, die auf kulturelle Differenzen zurückzuführen sind. Unsere Haltung in kulturellen Fragen steht daher wieder erneut vor einer Nagelprobe. Kultur darf aber nicht nur als Anstoß zu Konflikt und Krieg gesehen werden, sondern sie ist auch Grundlage von Konsens und Kommunikation, wenn die Gradwanderung zwischen Assimilation und Bewahrung traditioneller Kulturgüter in Gesellschaften und zwischen den Kulturen gelingt (Weidenfeld 1995). Dabei sind Konflikte an denjenigen Schnittstellen vorprogrammiert, an denen inkompatible Elemente aufeinander prallen.

Aus der Universalisierungstendenz der westlichen Werte und Produktionsformen entsteht für andere Kulturen ein verschärftes Identitätsproblem. Sie stehen vor einem Dilemma: Schotten sie sich in ihrem Unmut gegenüber der westlich geprägten Modernität nach außen ab, wird die kontinuierliche Be-

stimmung der eigenen Identität durch den Vergleich mit anderen gefährdet. Zudem drohen gesellschaftliche Verwerfungen durch die ökonomischen und sozialen Nachteile der Abschottung, die zu innenpolitischen Krisen führen können. Durch die Alternative der Assimilation an von außen hereinströmende Werte und Verhaltensmuster, droht gleichermaßen eine Erosion der eigenen Selbstverständlichkeiten. Krisenphänomene können ebenso gut auf ein zu geringes wie auf ein zu hohes Maß des Austausches mit anderen Kulturen zurückgehen. Es spricht einiges dafür, dass die sozialistischen Staaten neben strukturellen Problemen ihres Wirtschaftssystems diesem Dilemma ihren Zusammenbruch zu verdanken haben. Die unterschiedlichen Optionen der Reaktion entzweien in aller Regel zusätzlich unterschiedliche Gruppen der betroffenen Gesellschaften. Es droht eine Spaltung zwischen Eliten und großen Teilen der Bevölkerung. Diese Konfliktlage ist insbesondere in den islamischen Gesellschaften entstanden, deren Eliten oftmals westliche Ausbildungen durchlaufen haben, zumindest teilweise Modernisierungsstrategien nach westlichem Vorbild favorisieren und damit auf erbitterten Widerstand anderer gesellschaftlicher Gruppen stoßen, nicht zuletzt, weil diese genau verstehen dass es in Zukunft unweigerlich Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer gibt.

Globalisierung führt zu militanten Abwehrreflexen ...

Ein frühes Beispiel dafür war Indonesien, wo sich seit dem Ende der Ära Suharto im Jahr 1998 zunehmend traditionelle islamistische Bewegungen gegen die aufgeklärten, liberalen, demokratischen und säkularisierten Kräfte wendeten. Der Asienexperte Andreas Ufen wies Anfang der 2000er Jahre bereits darauf hin, dass im größten islamischen Land der Erde die Entstehung eines gesamtindonesischen Inselstaats sehr unwahrscheinlich, dass aber der Kollaps der jungen indonesischen Demokratie durch das Zusammenwirken von reaktionären Kräften, Sezessionisten, gewaltbereiten Islamisten und populistischen Politikern sehr wohl möglich sei (Ufen 2001). In den 2000er Jahren wurde deutlich, dass es sich hier um Modernisierungs- und Machtkonflikte handelt, die über religiöse und kulturelle Bindungen politisiert worden sind. Ein Höhepunkt war der blutige Konflikt zwischen Christen und Islamisten auf den Molukken, wo seit Anfang der 2000er Jahre mehrere tausend Menschen ums Leben kamen.

... unterminiert aber gleichzeitig autoritäre Regime und reformunwillige Diktaturen

Ein entgegengesetztes und wesentlich komplexeres Beispiel dafür ist der ›Arabische Frühling‹, der auch als ›Arabellion‹ bezeichnet worden ist. Er zeigte

die Dialektik zwischen Globalisierung und Lokalisierung deutlich auf. Und er zeigte auch auf, dass die Verweigerung autokratischer oder diktatorischer Regime gegenüber der neuen Globalisierung Modernisierungsimpulse im Keim erstickte, was nach politischer Partizipation strebende oder unterdrückte Teile der Bevölkerung zum Sturm auf die Barrikaden brachte. Der ›Arabische Frühling‹ bezeichnet eine Ende 2010 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, die sich beginnend mit der Revolution in Tunesien, in Staaten im Maschrek und auf der Arabischen Halbinsel und im Maghreb gegen autoritäre Regime und die als antiquiert empfundenen Traditionen und sozialen Strukturen dieser Länder richteten. Hier wandte sich im Gegensatz zu Indonesien der Protest also nicht nur gegen die Globalisierung und ihre identitätsgefährdende Auswirkungen auf traditionelle Bindungen und Gewohnheiten, sondern auf die Beharrungskraft autoritärer oder diktatorischer Regime und die hoffnungslose sozio-ökonomische Lage breiter Schichten der Bevölkerung. Besonders betroffen davon waren und sind Frauen und junge arbeitslose Menschen.

Von Saudi-Arabien über Syrien, Ägypten und Libyen bis hin nach Tunesien, Algerien und Marokko betraf dies insgesamt 17 Länder mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Konsequenzen und bezog indirekt zusätzlich Staaten wie China, Israel, Iran oder Spanien mit ein. Zusätzlich wurden auch die EU, die USA und die NATO insbesondere mit Blick auf Syrien oder Libyen involviert. Obwohl immer sehr spezifische innenpolitische und innergesellschaftliche Probleme dem Aufruhr in den jeweiligen Ländern ein landestypisches Gesicht verliehen, wiesen die Proteste einen hohen Globalisierungsbezug auf. In Marokko wurde die aufkommenden Probleme im Rahmen einer ›sanften Revolution‹ konstruktiv mit einer Verfassungsänderung 2011 relativ verträglich und weitgehend gewaltfrei kanalisiert. In Tunesien fanden 2014 Wahlen statt und fielen mit einem einwandfreien demokratischen Ergebnis zugunsten eines säkularen und nicht islamistischen Regimes aus. In Libyen oder Syrien eskalierten die Konflikte hingegen in einem blutigen Bürgerkrieg und in Ägypten fiel das gottgleiche Regime Mubaraks wie ein Aschehaufen in sich zusammen bis zu dem Zeitpunkt, wo sich die Generäle nach dem Zwischenspiel der Herrschaft der Muslimbrüder unter Staatschef Mursi das Land zurück eroberten. Insgesamt wandten sich die Regimegegner und Revolutionäre gegen autoritäre Regime mit einem ausgeprägten Sicherheitsapparat, fehlender Mitbestimmung der Bürger sowie einer ausgeprägten Korruption in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine weitere Ursache war die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die nachhaltig bestehende Armut, was als eine Verwehrung der politischen Sensibilitäten für die Nöte der eigenen Bevölkerung bezeichnet werden kann.

Hinzu kam die arrogante Drangsalierung der Bevölkerungen durch eine Verweigerung politischer Partizipation. Moderne Kommunikationstechniken

und soziale Medien beförderten einerseits die Aufklärung der Menschen über das, was ›draußen‹ in der Welt geschah; gleichzeitig förderten sie den politischen Austausch einer zunehmend hoffnungslosen Gesellschaft, die von reaktionären Kräften attackiert wurde, welche jede politische Emanzipation im Keim zu ersticken suchte. Soziale Medien und das Internet wurden zu einem virtuellen Schauplatz des Krieges, der wichtig wurde in diesem überraschenden Bürgerkrieg und diesem enervierten Klima sozio-ökonomischer Konfrontation. Insgesamt war dies ein Vulkan der Globalisierung, der Anfang der 2010er Jahre zum Ausbruch kam.

Moderne Kommunikationstechnologien förderten dabei den regionalen Flächenbrand des Arabischen Frühlings. Über soziale Medien und das Internet solidarisierten sich die Träger des Protests; Fernsehsender wie Al Jazeera und Al-Arabyia transportierten die Bilder des Aufstandes in die ganze Welt. Damit etablierte und bewährte sich eine Informationsinfrastruktur, die jenseits von Regierungspropaganda oder Mainstream-Journalismus dem Aufstand ein authentisches Gesicht des Protests von unten gab. Der Arabische Frühling war ein Globalisierungseffekt und endete im Arabischen Winter. Zu viele Motivationen und sozio-kulturelle Strömungen flossen dort ineinander. Getragen wurde der Protest von einer breit gefächerten Bewegung, der verschiedenste soziale Schichten abseits der Regimeeliten angehörten. Er involvierte Linke, Bürgerliche, Säkulare, Christen, Muslime, Studenten, Frauen, die alle ihre eigenen Interessen und Zukunftsvorstellungen in diese Revolte einbrachten, wobei auch der traditionelle Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten den Arabischen Frühling aufgrund der entstandenen Machtvakua schnell fortzubewegen begann. Das Drama endete dreigeteilt: während Staaten wie Marokko und Tunesien die Proteste mehr oder weniger ›sanft‹ kanalisieren konnten, dauerten die Unruhen in Staaten wie Algerien, Ägypten oder Jemen an; in Staaten wie Oman oder Mauretanien köchelten soziale Unruhen und in Staaten wie Libyen oder Syrien endete der Protest im blutigen Bürgerkrieg. Der Arabische Frühling machte in trauriger Weise klar, was die ›glokale‹ Dimension der kulturellen Globalisierung im schlimmsten Fall meint.

6. ›NEUE KRIEGE‹ UND DIE BARBAREN DES 21. JAHRHUNDERTS

Mit der dritten Globalisierung verblasste der Horror der großen Weltkriegskonfrontation. Es kamen Hoffnungen auf, dass Kriege der Vergangenheit angehören. Unter diesem Eindruck legte Francis Fukuyama Ende der 1990er Jahre sein optimistisches Werk vom ›Ende der Geschichte‹ vor. In Europa zeigten friedenspolitische Fortschritte ihre Wirkung. Globalisieren ließ sich diese Erfolgsgeschichte jedoch nicht. Der Balkankonflikt, der Konflikt um das Gebiet der großen Seen und den Kongo, die beiden Golfkriege, der Afghanistan-Konflikt und der andauernde Nahostkonflikt sowie die zahlreichen und zum

Teil bestialischen Kriege in Afrika offenbarten neue Erscheinungsformen und Gründe für Kriege, insbesondere in den instabilen und peripheren Gegenden der Welt. Hinzu kam ein nicht weniger brutaler und lang andauernder Drogenkrieg zwischen Mexiko und den USA. Mit Blick auf die Geschichte des Krieges in Europa revitalisierte sich die Erscheinungsform der neuen Kriege oder der ›Konflikte niedriger Intensität‹ (Low Intensity Conflicts), die zu Zeiten des Dreißigjährigen Krieges oder der ›Condottieri²¹ einen Teil der gängigen Kriegsführung ausgemacht hatten. Sie beschreiben in einem modernen Verständnis Konfliktsituationen unterhalb der Schwelle von konventionellen Kriegen, die aber weit über einen politisch-pluralen Wettbewerb hinausreichen und in der Regel voraussetzen, dass eine der Kriegsparteien nichtstaatlicher Natur ist. Der israelische Militärtheoretiker Martin van Crefeld definiert ›Low Intensity Wars‹ als gewalttätige Aktionen mit einer geringen Intensität – aber großer öffentlichen Wirkung. Sie durchbrechen völkerrechtliche Konventionen. Sie entziehen sich der politischen Kontrolle und missachten die Trennung von organisierten Armeen und unbewaffneter Bevölkerung (van Crefeld 1998: 228). Akteure in Konflikten niedriger Intensität sind oftmals Terrorgruppen oder Guerillaverbände, denen die asymmetrische Kriegsführung gemeinsam ist. Diese Kriegsführung bezeichnet die Art einer militärischen Auseinandersetzung ›ungleicher Akteure‹, die waffentechnisch, organisatorisch und strategisch stark differenziert ausgerichtet ist (Münkler 2010; Wassermann 2015).

Asymmetrische Kriege sind die Kriegsformen des 21. Jahrhunderts

In ihnen spielen nicht mehr Staaten die Hauptrolle, sondern Warlords, Söldner, Terroristen, organisierte kriminelle Banden und Piraten. Häufig werden die kriegerischen Auseinandersetzungen von minderjährigen Truppen, den sogenannten ›Kindersoldaten‹ ausgetragen, und häufig spielen jugendliche Straftäter innerhalb der organisierten Kriminalität als ›Kanonenfutter‹ oder ›eingeschränkt schuldfähiges‹ Personal eine große Rolle, so etwa in der italienischen Mafia. Dabei ist die Verbindung zwischen nichtstaatlichen Konfliktparteien und der organisierten Kriminalität ökonomisch von erheblicher Bedeutung. Sie lässt sich als Ergebnis zur Steigerung finanzieller Unabhängigkeit im Kampf oder als strukturelle Notwendigkeit klassifizieren. Die Dynamik der Globalisierung begünstigt die Erschließung adäquater Geldquellen. Wichtig dabei sind zum Beispiel der Anbau und die Distribution von Drogen, die Beteiligung am internationalen Waffenhandel oder der Prostitution. Darüber hinaus spielen kriminell erschlossene Einkommensquellen wie der Öl- oder Gashandel eine wichtige Rolle. So ist die islamistische Al-Shabaab-Miliz

21 | Condottieri bezeichnete Söldnertruppen, welche sich bei den italienischen Stadtstaaten im späten Mittelalter verdingten und die regulären staatlichen Truppen ergänzten.

in Somalia in den für die Umwelt verheerenden Holzkohlehandel involviert²² und der IS im Nahen Osten griff 2014 auf verlassene Ölquellen in Syrien und im Nordirak als nicht unerhebliche Ressource zur Finanzierung seiner Gewalttaten zurück. Gewalt richtet sich nicht nur gegen staatliche Autoritäten oder Instanzen, sondern aus psychologisch-strategischen Gründen wie im internationalen Terrorismus oder bei ethnischen Aversionen häufig gegen die Zivilbevölkerung. Hochhäuser wie die Twin Towers in New York werden zu Schlachtfeldern und Fernsehbilder, Fotos und Schlagzeilen werden zu Waffen (Münkler 2004).

Gegenüber zwischenstaatlichen (symmetrischen) Auseinandersetzungen nahmen asymmetrische Kriege seit Beginn des 21. Jahrhunderts zu

Aus der Sicht der entwickelten Industriestaaten sind solche Krisenherde an ihrer Peripherie oder direkte Angriffe ›unsichtbarer‹ Gegner gefährlich, da sie ihre Stabilität unterminieren. Wie im Falle des 11. Septembers 2001 kann die eigene Bevölkerung getötet, verletzt oder traumatisiert werden. Gegenläufig zum Trend im zwischenstaatlichen Bereich stieg die Zahl der innerstaatlichen Konflikte seit den späten 1960er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre immer schneller an. Dies zeigte an, dass es im Schatten des Ost-West-Konflikts bereits eine anwachsende Zahl asymmetrischer Kriege niedriger Intensität gab. Viele Konflikte dauern seit ihrem Beginn ab 1948 bis heute an. 1948 gab es bewaffnete Konflikte in Myanmar zwischen Regierung und Rebellen aus ethnischen Minderheiten; 1964 gab es den Konflikt zwischen der FARC und dem kolumbianischen Militär, der sich praktisch bis 2016 hinzog und eigentlich 2016 hätte tatsächlich und operativ beendet werden können: seit 1984 gibt es den Türkei-PKK-Konflikt oder 1988 den somalischen Bürgerkrieg. In den 2000er Jahren erregten der Unabhängigkeitskampf südossetischer Rebellen im Kaukasus oder der Drogenkrieg in Mexiko internationale Aufmerksamkeit. Und Mitte der 2010er Jahre erregten der Kampf der Séléka in der Zentralafrikanischen Republik, die Drohnenangriffe der USA in Pakistan oder die Annexion der ostukrainischen Halbinsel Krim durch Russland und der Bürgerkrieg in der Ostukraine die Öffentlichkeit.

Im gesamten Zeitraum seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute wurden somit über 40 andauernde Konflikte auf der Welt in Gang gesetzt, die Millionen Menschen bedrohten, verletzten und töteten und immense materielle Schäden hervorbrachten. Viele der innerstaatlichen Konflikte sind Interessen-

22 | Vgl. »Terror-Treibstoff. Der Holzkohle-Export sichert das Überleben der islamistischen Al-Shabaab-Miliz in Somalia. Das Geschäft mit dem hochwertigen Brennstoff läuft so gut, dass offenbar auch Kenias Armee mitmischt«, in Süddeutsche Zeitung vom 6. November 2014.

Güter- und Wertekonflikte, die bis 1989 durch die Klammer des Ost-West-Konflikts weitestgehend im Zaum gehalten wurden. Zunehmend mündeten diese Konflikte in Partizipations-, Autonomie- oder Sezessionsbestrebungen ein. Dadurch offenbarten sich auch die Schattenseiten der ›aufholenden Entwicklung‹ in zahlreichen unterentwickelten Ländern sowie der Wille, eigene Wege ohne Fremdbestimmung gehen zu wollen. Oft genug sind diese Konflikte jedoch Macht- und Dominanzkonflikte. Das heißt, sie sind häufig blanke Verteilungskämpfe, die sich hinter vermeintlichen Primärgründen wie ethnischen oder religiösen Bruchlinien verbergen.

Der Gestaltwandel des Krieges wurde – zusammen gefasst – durch eine kriminelle Gewaltökonomie, die sich auch in der zunehmenden organisierten Kriminalität spiegeln, durch modifizierte oder gar modernisierte Gewaltmotive, andere Gewaltstrategien und durch zahlreiche nicht staatliche Gewaltakteure charakterisiert. Das Zusammenspiel der Motive ließ neue Typen des Krieges entstehen, die prägend für das 21. Jahrhundert sind. Dies sind etwa terroristisch motivierte Gewaltakte, Ressourcen- oder Rohstoffkriege oder der Komplex der organisierten Kriminalität und Piraterie.

Der neue Terrorismus

Mit den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon am 9. September 2001 kam dem islamistischen Terrorismus erstmals eine besondere Bedeutung zu. Jenseits dieser spezifischen Attacke darf man den Blickwinkel nicht auf den islamistischen Extremismus verengen und schon gar nicht einen ganzen Kulturkreis verdächtigen. Es stellte sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Frage, ob auf der Grundlage von politischen und kulturellen Konfliktlagen die Globalisierung über eine Radikalisierung von frustrierten Globalisierungsgegnern, fanatischen ›Gotteskrieger‹, anderen selbsternannten Kulturwächtern oder schlicht von wirtschaftlich hoffnungslosen Menschen zum nachhaltigen Konfliktthema gemacht wird – so wie etwa der Terrorismus der 1970er Jahre in Europa vielerorts aus den zunächst halb-politisierten Szenen der sechziger Jahre erwuchs (Aust 1986). Gegenüber dieser sozial-revolutionären Disposition wurde mit anderen Motiven und zunehmenden Aktionen im Laufe der Zeit allerdings klar, dass die terroristische Gefahr im Rahmen der Globalisierung ganz allgemein eine weitaus größere und gefährlichere Bedeutung als früher erfahren würde.

Terrorismus ist Gewalt gegen eine politische Ordnung oder eine kulturelle Vorherrschaft. Die Definition des Phänomens ist komplex, da es verschiedene Formen und Akteure des Terrors gibt und sich der politische Terrorismus und der politische Widerstand gelegentlich nur schwer voneinander abgrenzen lassen. Differenziert man nach der räumlichen Ausdehnung, lassen sich der nationale Terrorismus, der internationale Terrorismus und der transnationale

Terrorismus unterscheiden. Differenziert nach Motivation und Zielsetzung lassen sich verschiedene Erscheinungsformen des Terrorismus identifizieren. So den sozialrevolutionären Terrorismus der 1970er Jahre, der Rechtsterrorismus aus rassistischen oder völkischen Überzeugungen oder den religiös motivierten Terrorismus der Globalisierung. Die letztere Form hat seit dem Attentat der Al-Qaida auf das World Trade Center 2001 und dem monströsen Wachstum der Dschihadisten des ›Heiligen Kriegs‹ eine neue Dimension erreicht, welche nach Hamed Abdel Samad in der Logik eines radikalen Islam steht, der selbst im Sinne des Propheten Mohamed nach Weltherrschaft strebt (Abdel Samad 2015).

Die verstümmelte Skyline New Yorks wurde zum Symbol für Gefahr und Wirkungsmacht eines global agierenden Terrorismus

Der 11. September 2001 markierte nicht nur das Datum der schrecklichsten Terrorattacke, die ein westliches Land bis dahin jemals erleiden musste; dieser Tag steht zudem dafür, dass sich die Welt ihrer weitgehenden Verletzlichkeit durch solche Angriffe bewusst wurde. Sie musste sich eingestehen, dass nach Ende des Ost-West-Gegensatzes andere Konflikte eine neue Scheidungslinie zwischen Gesellschaftssystemen und einzelnen Kulturen schuf. Zugleich wurden der 11. September und die verstümmelte Skyline New Yorks ein Symbol für die brutale Wirkungsmacht eines global agierenden Terrorismus, der in einem engen Zusammenhang mit der Globalisierung von westlichen Wirtschaftsweisen, Werten und Lebensstilen steht (Turek 2001).

Die einstürzenden Twin Towers in New York wurden schlagartig für eine breite Öffentlichkeit zum Fanal einer unglaublichen Bedrohung, die durch die Präzision des Attentats und die Existenz eines international operierenden Netzwerkes zum Suizid bereiter Terroristen große Furcht erzeugte. Hierbei darf man jedoch nicht vergessen, dass bereits in den 1990er Jahren religiös-fundamentalistische und diffuse Formen des Terrors die bis dahin vorherrschenden ideologisch-politischen ›Spielarten‹ in den Hintergrund gedrängt haben. In herausragender Weise stand dafür bis zum 11. September 2001 der mörderische Gasangriff der Aum-Sekte auf fünf U-Bahnzüge in Tokio (Murakami 2001). Am 20. März 1995 gingen die Bilder der vom Gift Sarin überwältigten, unter Nasenbluten oder heftigen Husten- und Krampfanfällen leidenden Menschen über die Bildschirme der Welt und lösten Fassungslosigkeit angesichts eines derart brutalen Vorgehens aus. An jenem Tag starben zwölf Menschen an dem Nervengas. Etwa 5.000 wurden verletzt. Andere Beispiele sind der Sprengstoffanschlag der ›Christlichen Patrioten‹ im April 1995 auf das Alfred P. Murrah Federal Building in Oklahoma City, der landesweit eine Revolution auslösen sollte und bei dem 168 Menschen starben, sowie das von islamistischen Fundamentalisten ausgeführte erste Bombenattentat auf

das World Trade Center 1993. Ab Mitte der 1990er Jahre war vielen Experten bereits klar, dass immer brutalere Angriffe und neue Akteure zu einer neuartigen Bedrohung für die westliche Welt werden würden. Die von Osama Bin Laden initiierten Bombenattentate auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam am 7. August 1998 bestätigten diesen Befund. Das strategische Denken über derartige Formen des Terrorismus verlangte deshalb zu diesem Zeitpunkt richtungsweisende Analysen der neuartigen Situation.

Der religiös-fundamentalistische Terrorismus dominiert

Bruce Hoffman, Leiter der Abteilung für Terrorismusforschung der U.S.-amerikanischen RAND Corporation, analysierte deshalb als einer der ersten das Neue im Terrorismus (Hoffmann 1998). Seine Überlegungen wurden von vielen Experten geteilt und avancierten zum Mainstream der Interpretationen der neuen Anatomie des Schreckens (Waldmann 1998; Laqueur 1998; Gurr/Cole 2000; Frank/Hirschmann [Hg.] 2002). Terrorismus definiert er als »bewusste Erzeugung und Ausbeutung von Angst durch Gewalt [...] zum Zweck der Erzielung politischer Veränderung. Der Terrorismus ist darauf ausgerichtet, über die Opfer oder Ziele des terroristischen Angriffs hinaus weitreichende psychologische Effekte zu erzielen. Er will innerhalb eines breiteren ›Zielpublikums‹ Furcht erregen und dieses dadurch einschüchtern. Durch die Publizität, die sie mit ihren Gewaltakten erzeugen, versuchen Terroristen die Druckmittel, den Einfluss und die Macht zu erlangen, über die sie ansonsten nicht verfügen würden[...]« (Hoffmann 1998: 64). Nach dieser Begriffsbestimmung ist Terrorismus also, kurz gesagt, eine spezifische Kommunikationsstrategie und das Geschäft mit der blanken Angst (Münkler 2001). Damit geht es Terroristen nicht in erster Linie um den Zerstörungseffekt ihrer Aktion. Angesichts des Einflusses moderner Massenmedien und vor dem Hintergrund ihrer Wirkungsweise geben sie aufgrund ihrer am Nachrichtenwert orientierten Selektion eine ideale Bühne ab, um spektakuläre Terroraktionen publikumswirksam zu inszenieren. Die Medien werden so zum Instrument, mit dem Terrorgruppen ihre Botschaften zuverlässig und wirksam vermitteln können.

Internationalität und Verschwommenheit prägen den modernen Terrorismus ...

Hoffman erkannte zwei neue Merkmale des Terrorismus: Internationalität und Verschwommenheit (›Diffusität‹). Das Auftauchen eines durch religiöse Wertvorstellungen motivierten Terrorismus habe bereits in den 1980er Jahren tiefgreifende Veränderungen im Wesen, in den Motiven und in den Fähigkeiten von Terroristen angestoßen. Die Entstehung einer professionellen Subkultur von ›Auftragskillern‹ gegen Ende des Jahrzehnts verwandelte den

Terrorismus in Verbindung mit der Zunahme von sogenannten ›Amateur-Terroristen‹ während der 1990er Jahre in ein amorpheres, also form- und gestaltloseres Phänomen. Eine wesentliche Grundlage für den Erfolg des Terrors sei dabei die gezielte Instrumentalisierung der Medien und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung geworden. Für Hoffmann und andere war bereits zum Ende der 1990er Jahre klar, dass die Bedrohung durch den internationalen Terror steigen werde. Er sagte zutreffend voraus, dass politische, ideologische oder religiöse Konflikte vermehrt durch Terroraktionen ausgetragen werden. Terrorismus sei dabei immer mehr Krieg, ohne den Krieg zu erklären. Gegenüber dem politischen Terrorismus der Vergangenheit, ausgeübt durch die deutsche Rote Armee Fraktion (RAF), die irische Irish Republican Army (IRA) oder die spanische Separatistenbewegung Euskadi Ta Askatasuna (ETA), dem noch einigermaßen erkennbare Motive zugrunde gelegen hätten, werde der religiös-fundamentalistische, der rechtsextreme und der messianisch-sektiererische Terrorismus, der volatile und vermehrt irrationale Züge trägt, stärker. Die Beweggründe von Terrororganisationen mit solchem Hintergrund seien wesentlich schwerer einzuschätzen. Umso größer sei die Gefahr, die von Ihnen ausgehe. Es sei zu befürchten, dass die Mittel brutaler werden und in Zukunft Terroristen auch vor dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln nicht zurückschrecken würden. Diese Voraussagen wurden dann in den 2010er Jahren grausame Realität.

... besonders im religiös-fundamentalistischen Gewand

Als eine zentrale Ursache dafür machten die amerikanischen Terrorspezialisten Nadine Gurr und Benjamin Cole eine kulturelle Irritation in der Welt aus, die aus der fortschreitenden Globalisierung resultiert. Sie werde von den Anführern des Terrors seit einer Dekade gegen den Westen gerichtet. Sie stellten fest:

»Globalisierung und die Erosion traditioneller Werte hat zusammen mit der ökonomischen und politischen Ungleichheit zu erhöhten Unsicherheiten über die Zukunft innerhalb von Staaten geführt. Angesichts der wahrgenommenen oder eingebildeten Bedrohungen durch den westlichen politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluss glauben viele Muslime, dass sie ihre religiösen Identität und ihre Zukunft hier und jetzt wirksam schützen müssen« (Gurr/Cole 2000: 4).

Empirisch wurde aus dieser psychologischen und sozial-psychologischen Interpretation ebenfalls brutale Realität. Zwischen 2001 und 2013 wurden 28 von 36 bedeutenden terroristischen weltweiten Aktionen von Islamisten an – und durchgeführt. Beispiele dafür sind die Madrider Zuganschläge in Spanien 2004, der versuchte Anschlag auf den internationalen Flughafen Glasgow in

England 2007 oder das Bombenattentat auf den Boston Marathon in den USA 2013. Die Terroranschläge von Paris am 13. November 2015 sowie die Vorfälle um den Terroranschlag im bayerischen Ansbach 2016 bewiesen die Erklärungsansätze des islamistischen Terrorismus erneut. Wieder wurden äußerst brutale terroristische Angriffe mit einer hohen Opferzahl so inszeniert, dass ein extremer Effekt von Verunsicherung und Entsetzen die Folge war.

Es gibt auch die Erwartung des Gebrauchs von Massenvernichtungswaffen

Die Erwartung einer religiös oder kulturell grundierten Konfrontation, wurde auch mit den Attentaten von Tokio und Oklahoma 1995 von der akademischen Diskussion in eine blutige Wirklichkeit überführt. Bereits die Anschläge von 1993 auf das World Trade Center und 1995 auf das Alfred P. Murrah Federal Building in Oklahoma haben in den USA die Auffassung gestärkt, dass es von diesen, noch mit konventionellen Mitteln durchgeführten Aktionen, nur ein kurzer Schritt zum Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln sei. Proliferation wurde damit ab diesem Zeitpunkt ein ernsthaftes Problem des Antiterrorkampfes. Terroristischen Organisationen wurde nach Aussage des deutschen Bundesnachrichtendienstes als potenziellen Nutzern von Massenvernichtungsmitteln seitdem eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet²³ und das Thema Terrorismus und Massenvernichtungswaffen zunehmend als reale Gefahr wahrgenommen (Neuneck 2002, Thränert 2002). Dies führte nach dem Attentat der Aum-Sekte in Tokio 1995 dazu, dass bereits die Clinton-Administration die Möglichkeit der Anwendung von ABC-Waffen noch ernster nahm und dass Bill Clinton unmittelbar danach mit der Präsidentschaftsdirektive 39 die Bekämpfung des Terrorismus zur nationalen Priorität erhob. Präsident Bush griff diese Initiative nach dem 11. September auf. Dies wurde dadurch deutlich, dass er für den Verteidigungshaushalt 2003 4,5 Milliarden US-Dollar zusätzlich für den Kampf gegen den Terrorismus auszugeben bereit war. Etwa 650 Millionen US-Dollar wurden zur Aufstockung des Vorrats an Impfstoffen und Antibiotika verwendet.²⁴

Diese Entwicklungen machten die Erwartung unvermeidlich, dass sich der moderne Terrorismus in Zukunft auch nuklearer oder chemischer und biologischer Massenvernichtungsmittel bedienen werde. Darauf deutete in der 2000er Jahren vieles hin. So haben die amerikanischen Streitkräfte nach Angaben aus amerikanischen Regierungskreisen im März 2002 in Afghanistan in der Nähe von Kandahar ein Laboratorium entdeckt, in dem offenbar die

23 | Vgl. www.bnd.bund.de/DE/Themen/Lagebeitraege/Proliferation/Proliferation_node.html, aufgerufen am 25. Juni 2014.

24 | Vgl. »4,5 Milliarden Dollar gegen Bioterror«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2002.

Herstellung von biologischen Waffen vorbereitet wurde. Gestützt auf die gefundenen Dokumente und Geräte vermuteten die Amerikaner, dass dort Milzbrand-Waffen hergestellt werden sollten.²⁵ Die Hemmungen, solche Waffen zu gebrauchen, schwinden, während die Motivation dazu – auch aus Gründen antikapitalistischer Gesinnung und anti-westlicher Affekte – proportional steigt. Die Verbreitung von Waffen und nuklearem Material sowie das entsprechende technologische Know-How ließ die Vermutung zu, dass Terroristen vermehrt auf solche Waffen zugreifen werden. Nach unbestätigten Berichten sollen der Extremistenführer Osama bin Laden und seine Terrorgruppe Al-Qaida schon 1990 versucht haben, für zwei Millionen U.S.-\$ eine taktische Nuklearwaffe und angereichertes Uran aus Kasachstan zu erwerben. Nicht alleine islamistische Organisationen wie Al-Qaida, Hamas oder Islamischer Staat sondern auch säkular orientierte Gruppen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine, PFLP) machen seit Jahren keinen Hehl mehr aus ihrem Willen, gegebenenfalls mit äußerster Gewalt zu handeln.

Der moderne Terrorismus avancierte zur Schicksalsfrage

Das Bedrohungspotenzial des Terrorismus wurde nach dem 11. September 2001 zu einer schicksalhaften Frage. Der Terroranschlag auf die USA markierte eine Zeitenwende. Der Terror hatte gezeigt, dass nicht einmal der stärkste Staat der Welt die Sicherheit seiner Bürger garantieren konnte und mit hohen Kollateralschäden zu rechnen hat. Diese Hilflosigkeit hat auch Europa enorm erschreckt und so politisch ›kalt erwischt‹. Mit einem Schlag erschienen die historischen Konstellationen des Ost-West-Konflikts und die sich anschließenden Transformationsprozesse in einem sich abschwächenden Licht. Die Stabilität von gestern war Teil einer untergegangenen Ära und eine neue Epoche der Unsicherheit begann im Zeitalter der neuen Globalisierung.

Der 11. September markierte damals so eine historische Zäsur. Sie war aus drei Gründen tiefgreifend:

- Die Anschläge hebelten die bis dahin geltenden Grundlagen des sicherheitspolitischen Denkens aus. Abschreckung war bis dahin das leitende Prinzip. Beim Gegner wurde ein abwägendes Risikokalkül unterstellt. Dieser Ratio folgt das weltweite Terroristennetzwerk nicht. Der Angreifer ist zur Selbstaufgabe bereit. Dieser Akt der Selbsterstörung wird gar durch eine transzendente Heilszusage überhöht. Dem Westen fehlen Kenntnis und Gespür für jene Welt islamischer Heilserwartung, für deren Feinbil-

25 | Vgl. »Bioterrorlabor in Afghanistan entdeckt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 2002.

der wie Hoffnungshorizonte. Da die Terroristen sich mit ihren hochtechnologischen Instrumenten in vielen Ländern eingenistet haben, wurde die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufgehoben. Daraus folgte, dass die Strukturen der Gefährdung und die Organisationsform der Sicherheit zunehmend auseinander klafften. Nationalstaaten hielten große Apparate traditioneller Art gegen eine Bedrohung, die eine völlig neue Qualität aufwies. Die Terroristen aber bauten mit einer anders garteten Perspektive ihre Netzwerke langfristig auf, konnten sie über Jahre ungenutzt ruhen lassen, um dann zu überraschenden und spektakulären Angriffen überzugehen. Das alles hieß: die freie Gesellschaft hatte einen militärischen Apparat, dem der Feind fehlt, und Feinde, für die sie keinen Apparat hat;

- Die Verwundbarkeit der modernen Gesellschaft erzeugte eine neuartige Herausforderung: Je arbeitsteiliger und differenzierter Gesellschaften sind, desto kleiner können hochorganisierte Gruppen sein, die ganze Regionen beschädigen oder gar lahm legen. Es bedarf lediglich eines Angriffs gegen einen der zentralen Stränge des Nervensystems moderner Gesellschaften: Verkehr, Energie und Wasserversorgung, Nahrungsmittel, elektronische Datennetze. Obwohl die menschliche Tragödie des 11. Septembers überwog: das Ausmaß der Schäden in New York hat gezeigt, wie sehr der Nerv einer komplexen Wirtschaft und ihrer Infrastruktur hierdurch getroffen werden kann. Die Analysen schwankten zwischen 50 und 100 Milliarden US-Dollar. Eine Analyse des Investmentbankers Heiko Thieme beziffert den gesamten Schaden des Anschlags für die USA sogar auf eine Billion US-Dollar.²⁶ Die informationstechnologische Vernetzung spielt seitdem eine sensible Rolle. Es steht das Szenario im Raum, dass statt einer hochgerüsteten Armee dreißig Computervirtuosen ausreichen, um die Vereinigten Staaten lahmzulegen. Der Terrorismus nutzt die Technologien der Netzwerkgesellschaft auf effektive Weise für seine Zwecke aus. Ob Satelliten-Telefon, Smartphone, Laptop oder Internet: Die Technologie ermöglicht es, den ›unsichtbaren‹ Kriegern im Verborgenen zu wirken. Sie sind bestens vernetzt mit den großen Metropolen der Finanzwelt. Ihre Strategie zielt auf die Schlüssel-Symbole und die Infrastruktur der freien Welt. Damit aber ist die Zahl der Ziele unbegrenzt. Die Welt der Symbole von Freiheit und Demokratie ist angesichts einer reichen Geschichte von unerschöpflicher Vielfalt;
- Die neue Globalisierung hat die terroristische Bedrohung endgültig transformiert. Es gibt viele Hinweise dafür, dass unterschiedliche terroristische und kriminelle Netzwerke mit unterschiedlichen Zielsetzungen zusammenarbeiten oder zumindest Koalitionen auf Zeit eingehen. Das Konzept

26 | Vgl. Interview in Explosiv – Weekend. RTL vom 22. Dezember 2001.

der strategischen Allianz hat damit als betriebswirtschaftliches Instrument selbst den heiligen Krieg erreicht. So kooperierten Mafia und Taliban bei der Weiterverarbeitung des für das Regime so wichtigen Opiums. Der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität unterscheiden sich in ihren Zielen und ihrem Selbstverständnis. In ihren Organisationsstrukturen sind sie aber ähnlich und oft miteinander verknüpft (Weidenfeld/Turek 2002: 153ff.).

Der Krieg der Gotteskrieger gegen die ›westlichen Teufeleien‹ der Globalisierung geht unvermindert weiter, ...

Die Entwicklung des Terrorismus in den vergangenen 30 Jahren hat die Analysen zur Bedrohungslage verifiziert. Während die ideologisch-politischen Arten des Terrorismus mit der Selbstauflösung der deutschen RAF 1998, der Beendigung des bewaffneten Kampfes durch die irische IRA 2010 und schließlich mit der freiwilligen Entwaffnung der baskischen ETA 2014 massiv an Bedeutung verloren, nehmen die religiös-fundamentalistischen Formen des Terrors einen tieftraurig-prominenten Raum auf der Landkarte der Konflikte im 21. Jahrhundert ein. Die irrsinnige Raserei des sogenannten Islamischen Staats seit Beginn der 2010er Jahre markiert dabei einen Höhepunkt der Radikalität. Wie aus dem Nichts spuckte die Wüste eine tollwütige Armee aus, die mit ihrer seltsamen Gottesfurcht fortan weder Erbarmen noch Gnade mit irgendjemandem ihrer Gegner kannte.

... sie haben aber Schwerpunkte, Strategie und Taktik modifiziert ...

Die Schwerpunkte seit Beginn der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts haben sich verschoben. Es handelt sich nicht mehr nur um einen Krieg, den ein transnationales radikal-islamistisches Netzwerk gegen den Rest der Welt führt; die Gewalttaten dieses Netzwerkes finden heute nicht mehr nur in der westlichen Welt statt, sondern in muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens selbst. Dort kämpften 2014 zwischen 130.000 und 170.000 schwer bewaffnete, radikalisierte und gewalttätige Gotteskrieger gegen dortige Regime, gegen internationale Organisationen, gegen Amerikaner, Briten, Deutsche oder Russen, gegen Muslime schiitischer oder sunnitischer Gesinnung, gegen Christen, gegen Juden und gegen alle, die ihren Vorstellungen von der Einführung eines Gottesstaates im Wege stehen. Sie stellen Jahrhunderte der Zivilisation in Frage – nicht nur der westlichen, sondern auch der muslimischen Zivilisation (Krause 2014: 16). Allerdings sind die Schauplätze des Krieges regional konzentriert. Unter den zehn am meisten betroffenen Ländern des Gotteskrieges sind nicht die USA und ist kein Staat Europas. Die Konflikte konzentrieren sich auf Irak, Pakistan, Afghanistan, Syrien oder Israel/Palästina. Böse Blüten entstan-

den 2014 in Nigeria oder Somalia. Einen traurigen Höhepunkt markierte der Anschlag der Taliban auf eine Schule in der pakistanischen Millionenstadt Peshawar am 16. Dezember 2014. Die Attacke galt als Racheakt für eine Militäroffensive gegen die Islamisten und zog daraufhin eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen Staat und Terroristen auf.²⁷ Hierbei geht es nicht nur um ein Phänomen des internationalen Terrorismus, sondern um einen salafistischen Dschihadismus, der auch in andere Regionen wie Saudi-Arabien, das nordöstliche Afrika, Indonesien oder Zentralasien ausstrahlt. Zwischen 2008 und 2012 waren es 40.000 Menschen, die hier Opfer terroristischer Gewalt geworden sind.²⁸ Alleine der 16. Dezember 2014 fügte in Pakistan dieser Bilanz über 130 Tote hinzu. In den 2015/2016er Jahren waren dann aufgrund von erheblichen militärischen Anstrengungen der antiislamischen Koalition unter Führung der USA Erfolge im Luft-Bodenkampf gegen den IS festzustellen. Es unterlag einer gewissen Logik, dass die territorialen Misserfolge des IS insbesondere in Syrien durch eine Ausweitung der Terroranschläge in Europa kompensiert wurden. Damit wurde der Terrorkrieg wieder ein Stück weit global.

... und suchen nun als Operationsbasis die Schaffung eines Kalifats als ersten wirklich islamistischen Staat nach dem Vorbild der Scharia nachhaltig zu etablieren

Damit sieht das Lagebild anders aus als vor einigen Jahren. Der Krieg der Dschihadisten hat sich trotz des Todes von Osama bin Laden oder dem Arabischen Frühling verstärkt. Die ›Arabellion‹ hat die dschihadistische Bewegung nicht geschwächt, sondern, im Gegensatz, gestärkt. Al-Qaida und, in ihrem Gefolge der IS, nehmen an Bedeutung zu, da der demokratische Impuls des Arabischen Frühlings für die Sache der Gotteskrieger keinen Wert besitzt und die Traditionalisten im arabischen Raum reaktionären ›Schmusereien‹ lieber folgen als den Einflüsterungen einer sündigen westlichen Avantgarde mit demokratisch-aufklärerischen Motiven. Und offenbar hat der Dschihad eine fast unerklärliche Anziehungskraft für junge Männer aus aller Welt und allen gesellschaftlichen Schichten, die an einem ›einzigartigen‹ Gemeinschaftserlebnis partizipieren wollen und nach Expertenmeinungen oft genug psychisch labil sind. Dort hat man eine positive Rolle, man ist etwas wert, bekommt Aufgaben und Anerkennung dafür und wird im Idealfall zum Held. Nicht anders ist die Faszination zu erklären, die oftmals psychisch labile junge Männer und Frauen auch aus Europa in den Sog einer bestialischen Gewaltorgie zog und zieht, deren menschliche Ausmaße an die Kriegsgräuere des 20. Jahrhunderts

27 | Vgl. Taliban richten Massaker unter Schülern an, in: Süddeutsche Zeitung 17. Dezember 2014.

28 | Nicht mit eingerechnet sind die Opferzahlen des Kriegs in Syrien.

erinnern. Rund 1.200 Franzosen waren nach Behördenangaben 2014/2015 in Syrien und dem Irak. Dazu kommen Deutsche Belgier, Briten, Niederländer. Die Behörden gehen davon aus, dass etwa 3.000 Europäer sich für den Heiligen Krieg entschieden haben. Dies entspricht im Durchschnitt etwa vier deutschen militärischen Bataillonen²⁹ und erhöht die Kampfkraft des IS erheblich. Die Listen werden immer länger, die Kontakte immer enger, die Netzwerke immer weiterreichender (Behnam 2014; Avenarius/Leyendecker/Rühle/Wernicke 2015).

Ein weiteres Kennzeichen des internationalen Terrorismus ist seine digitale Vernetzung, die jeden Tag in den sozialen Netzwerken zu besichtigen ist. Die Globalisierung ermöglicht im Rahmen der Digitalisierung der Information eine gezielte Anwerbung junger Kämpfer und eine weltweit hervorragend funktionierende Kommunikation der Kombattanten, die im Abwehrkampf zu dem Wunsch führt, Muster der Kommunikation zwischen den Islamisten zu erkennen, das zeigt, welche Schritte in die Radikalität führen. Irgendwann, so die Hoffnung, könnte man ein Präventionsprogramm entwickeln, das die frühesten Anzeichen einer Radikalisierung erkennt und Alarm schlägt, so dass die Gesellschaft im Vorfeld eingreifen kann (Obermaier 2014: 33).

Das Weltbild des IS ist eine aus westlicher Sicht schwer zu verstehende Verbeugung vor dem Mittelalter

Die islamistischen Terrornetzwerke wie Al-Qaida oder IS sind plural geworden. Und stärker regional fokussiert. Aus dieser Bewegung ist ein global operierendes Netzwerk geworden. Die Gewalt der Dschihadisten wendete sich seit militärischen Niederlagen und operativen Schwächen und der Angst vor den USA seit Anfang der 2010er Jahre regionalen Zielen zu mit dem Ziel, eine weitflächige operative geographische Basis im Rahmen eines neuen Kalifats zu etablieren. Die befremdliche Hinwendung der Dschihadisten wird auch von islamischen Intellektuellen mitgetragen. Das sind Ärzte, Anwälte oder Hochschullehrer, die an der Globalisierung schier verzweifeln. Es ist eine im Westen schwer zu verstehende Verbeugung vor dem Mittelalter. Das Mittelalter gilt als finsterste Zeit für Europa – für den Islam war es das goldene Zeitalter seiner Hochkultur. Es bleibt wahrscheinlich, dass die Gewalt in dieser Dekade auch wieder vermehrt westliche Länder erreicht. Ein Indiz dafür war die Ermordung eines amerikanischen Journalisten im Konflikt zwischen der Terrorgruppe IS und den Kurden des Irak und der anschließenden Geiselnahme eines zweiten

29 | Ein Bataillon ist ein organisierter militärischer Verband. In ihm sind mehrere Kompanien einer Truppengattung zu einer organisch zusammengesetzten Truppe zusammen gefasst. Je nach Truppengattung umfasst ein Bataillon zwischen 300 und 1.200 Mann mit entsprechenden Waffen und entsprechendem Gerät.

Kollegen, wo der IS deutlich machte, dass auf mittlere Sicht der Westen weiterhin Feindbild Nummer Eins des religiösen Kampfes ist. Der symbolträchtige Terroranschlag von zwei muslimischen Dschihadisten auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo am 7. Januar 2015 in Paris mit zwölf getöteten Journalisten und noch im gleichen Jahr der ungleich größere Terroranschlag des IS auf Paris mit über 100 Toten und mehr als 350 Verletzten waren mehr als deutlich. Anschließend häuften sich die Attacken auf den Westen. Die Angst vor einer ›Israelisierung‹ der Situation in Europa geht um, wo Terroranschläge alltäglich werden und die Gesellschaft in Atem halten.

Der islamische Staat wird global

Auf mittlere Sicht kann nach der Auffassung des Leiters des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), Joachim Krause, in diesem Sinne eine erfolgreiche regionale Agenda im Rahmen einer Machtübernahme in muslimischen Ländern viel gefährlicher sein, als terroristische Anschläge, insbesondere dann, wenn diese Länder über ein erhebliches militärisches Potenzial und eine sensible geostrategische Lage verfügen (ebd.: 19). Mit der Aggression des IS³⁰ in Syrien und im Irak 2014, mit der ein dschihadistisch-salafistischer Komplex versucht, einen islamischen Staat oder gar ein neues Kalifat im Irak und in (Groß-)Syrien zu etablieren, trat im Laufe des Jahres 2014 diese Befürchtung ein und wurde dann Mitte Juni 2014 nach beachtlichen militärischen Erfolgen mit der offiziellen Ausrufung eines Kalifats gekrönt. Die IS-Extremisten träumen dabei den Traum von einem gottesfürchtigen Reich im Mittleren Osten, einem großen Kalifat zwischen Mittelmeerküste und Persischem Golf; die Grenzen ziehen sie mit äußerster Brutalität. Das Kalifat ist das alt-neue Traumland der Sunniten, die sich über die Zeit von den Schiiten gepeinigt und gedemütigt fühlen. Auch wenn damit Krieg im Mittleren Osten oder eine neue Konfrontation mit den USA oder den Verbündeten in der NATO einzukalkulieren waren und sind, setzte das islamistische Terrornetzwerk eine differenzierte Strategie ihrer Machtpolitik in Szene und führte am 29. Juni 2014 mit der Ernennung von Abu Bakr al Bagdadi zum Kalifen

30 | Der IS bezeichnet einen Ableger der Al-Qaida, der sich im Laufe der Zeit von der Al-Qaida aber distanziert hat; IS ist die Abkürzung für das Ziel der Organisation, nämlich die Errichtung eines neuen Kalifats, eines islamischen Staates, der Syrien und den Irak, aber auch Libanon, Israel und Jordanien vereint. Ein Kalifat bezeichnet dabei das Reich eines Kalifen, das heißt die Herrschaft eines Nachfolgers oder Stellvertreters des Gesandten Gottes. Die Organisation kämpft im syrischen Bürgerkrieg gegen das Regime von Präsident Assad, gegen die Freie Syrische Armee und gegen das Regime im Irak und benannte sich nach der Ausrufung eines Kalifats am 29. Juni 2014 in »Islamischer Staat« (IS).

des neuen Gottesstaates unbeirrt ihren Dschihad fort.³¹ Das Ergebnis war ein religiös-politisches Erdbeben und ein politischer Flächenbrand in der gesamten Region, der in seinen Konsequenzen Syrien, den Libanon, den Irak, den Iran, Afghanistan, Jordanien, Israel, den Gaza-Streifen, die Türkei und die internationale Diplomatie direkt oder indirekt betrafen und den Nahost-Konflikt im Rahmen einer neuen Nuance weiter befeuerte. Dies brachte mit dem Einsatz der internationalen Allianz unter Führung der USA zur militärischen Bekämpfung des IS im September 2014 eine weitere massive kriegerische Auseinandersetzung in die Welt, die dann mit dem aktiven Eingreifen Russlands zugunsten des syrischen Regimes eine weitere Komplizierung der gesamten Situation erhalten hat.

Mit den Anschlägen in Paris am 13. November 2015 und in Deutschland 2016 sandte der IS eine weitere Botschaft aus. Nicht nur die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens und die Konsolidierung des Kalifats in Syrien und dem Irak sei in Gang, sondern der Terror münde nun nach den Anschlägen in New York am 11. September 2001 (3.000 Tote), den Attentaten in Madrid 2004 (200 Tote) und dem Anschlag auf die Londoner U-Bahn 2005 (50 Tote) in eine weitere Eskalationsrunde seiner Internationalisierung ein. Der sogenannte Islamische Staat wird damit als Angreifer gegen den Westen nach einer mehrjährigen Konzentration auf seinen Machtaufbau des Kalifats in Syrien und dem Irak wieder dezidiert global. Und er griff darüber hinaus im Rahmen von Attentaten in der Türkei, im Libanon und mit dem Abschuss eines russischen Passagierflugzeugs über dem Sinai 2015³² auch nichtwestliche Staaten an.³³ Dies betraf den Libanon, weil er potenziell zum Einflussgebiet des IS gehört und Russland und Frankreich, weil sie in die Antiterrorstrategie eingestiegen waren sowie die USA, weil diese 2015 ihre ambivalente Haltung gegenüber dem IS zugunsten eines klaren Konfrontationskurses beendet hatte.

Der sogenannte Islamische Staat ist nichts anderes als eine menschenverachtende Verbrecherorganisation – was die gepeinigten Bevölkerung in brutalster Form zu spüren bekommt ...

Dabei spielen nicht nur religiöse Motive eine Rolle. Bei Konflikten, Terror und Gewalt im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika reduzieren sich die Analysen sehr oft auf religiöse und ethnische Gründe. Die Welt war zudem

31 | Vgl. »Islamisten rufen Gottesstaat aus«, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2014.

32 | Der Absturz der Maschine wurde am 16. November 2015 vom russischen Inlandsgeheimdienst offiziell als Ergebnis eines Bombenattentats bestätigt.

33 | Vgl. »Der Islamische Staat« wird global, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. November 2015.

überrascht, welche Anziehungskraft der Dschihad auf junge Europäer hatte, die aus psychologischen Gründen oder aus ihrer als hoffnungslos und trist empfundenen sozialen Lage heraus zum Islam konvertierten (Peci 2015). Aber ebenso wichtig ist die Frage, wer von solchen Entwicklungen finanziell profitiert und wie sich der Terror überhaupt finanziert. Der IS, Boko Haram in Nigeria oder al-Shabaab in Somalia haben dort den größten Erfolg, wo Staaten gescheitert sind und aufgehört haben zu existieren. Gerade für den IS ist seine Ausdehnung auch ein Ergebnis eines beispiellosen Beutezugs, der sich durch Raubmord, Erpressung, Schutzgelder, Steuern, eine widerliche Enthauptungsindustrie und die wirtschaftliche Ausbeutung liegen gelassener oder aufgegebenen Ölquellen und der vorgefundenen Landwirtschaft sowie von Phosphatvorkommen vorzüglich finanziert. Alleine die Kontrolle der Ölfelder brachte dem IS 1995 zwischen 500.000,- und einer Million US-\$ Umsatz – pro Tag!³⁴

... und er ist dabei organisatorisch verblüffend ›preußisch‹ organisiert

Dabei kontrollierte der sogenannte Islamische Staat 2015/2016 ein Gebiet so groß wie Großbritannien und bezog im gleichen Zeitraum über zehn Millionen Menschen als ›Untertanen‹ mit ein. Dabei haben USB-Sticks und Festplatten des IS nach der Liquidierung von Abdel Rahman al-Bilawi, dem zweiten Mann im IS gezeigt, dass der IS auch bürokratisch fast preußisch organisiert ist. Die Unterlagen, die nach einer irakischen Militäroperation gegen ihn in seinem Haus gefunden wurden zeigen, dass sich die Organisation nicht nur Staat nennt, sondern in ihren bürokratischen Abläufen auch wie einer handelt, bis in den Vermerk des Lieferdatums jeder Kalaschnikow. Der IS hat eine Art Föderalismus organisiert, in dem reichere Gebiete die ärmeren finanziell unterstützen. Es gibt ein ausgeklügeltes Sozialsystem, das die Angehörigen von Selbstmordattentätern versorgt, Krankenversicherung und Heiratsbeihilfen bezahlt oder Boni für diejenigen Kämpfer ausschüttet, die sich im Terrorkampf besonders tugendhaft hervorgetan haben. Herrschaft durch Terror, das ist die eine Säule, auf der die Macht des IS steht. Es gibt eine zweite Säule, weniger roh, fein herausgearbeitet, die Hausordnung der islamistischen ›Herrenmenschen‹. Das neue Kalifat soll sozial gerecht sein.³⁵ Dabei nimmt er mehr Geld ein, als er ausgibt. Dieser Staat will nicht nur kämpfen, er will regieren und nachhaltig verwaltet sein (Mascolo/Kabisch/Musawy 2014).

Die Eroberung der irakischen Stadt Mossul 2014 markierte in der Geschichte des IS dabei einen Wendepunkt. Mossul und die weiter westlich gelegene Stadt Raqqa wurden die Hochburgen des IS. Dem IS fielen damals modernste Waffen des irakischen Militärs, das von den USA geliefert worden war, im Wert

34 | Vgl. »IS – Die Wirtschaftsmacht der Gotteskrieger«, in: ARTE vom 10. Februar 2015.

35 | Vgl. »Was Gott zulässt«, in: Der Spiegel Nr. 27 vom 27. Juni 2015.

von etwa drei Milliarden US-\$ in die Hände. Die Terrororganisation erhielt damit ihre eigene, modern ausgerüstete Armee. In Mossul plünderten die Gotteskrieger zudem die dortig angesiedelte Zentralbank und so fielen ihnen für 200 Millionen US-\$ Gold und über 400 Millionen US-\$ Bargeld die Hände. Mit der Eroberung von Mossul enthronisierte der IS endgültig Al-Qaida und aus dem kleinen internationalen Netzwerk wurde ein internationaler Konzern. Nach den Recherchen des französischen Journalisten Gerome Fritel wäre der IS auf dem Aktienmarkt heute 2000 Milliarden Euro wert!³⁶ Vieles, was im Dschihad des IS im Namen Allahs geschieht, ist in Wirklichkeit auf niederste Motive der menschlichen Natur zurückzuführen (Engelhar 2014). Der IS performt einen mafiaähnlichen Verbrecherstaat. Die Melange der Gewalt und die Profite weisen Parallelen zu den Strategien lateinamerikanischer Drogenkartelle in der globalen Drogenkriminalität auf. In diesem Punkt haben der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität verblüffende Ähnlichkeiten (Gerlach 2014), wobei das Ausmaß der kriminellen Energie und die politischen Ambitionen des IS weitaus größer sind als die enger eingegrenzten Motive der mexikanischen oder kolumbianischen Drogenmafia. Mit der Rückeroberung der Stadt Mossul durch irakische Truppen im Oktober/November 2016 wurde der IS empfindlich gestört, da er seine territoriale Hoheit zunehmend verlor. Seine Existenzfähigkeit störte dies aber vorläufig eher wenig

Der globalisierte Terrorismus ist zu einem Alltagsphänomen geworden – und die Welt muss damit irgendwie leben

Das Problem des Terrorismus ist eine Zukunftsaufgabe für alle staatlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Er ist ein Alltagsproblem geworden, wo man täglich auf neue Attacken gefasst sein muss. Alleine in Deutschland gab es zwischen 2000 und 2014 13 versuchte Terroranschläge, die misslangen oder von den Sicherheitsbehörden vereitelt wurden.³⁷ 2016 kamen dann Attentäter in Würzburg und dem bayerischen Ansbach mit ihren Attentaten an ihr Ziel. Staat und Öffentlichkeit rechnen nach wie vor täglich mit grauenhaften Nachrichten und erzittern ob der Begrenztheit ihrer Möglichkeiten für eine richtige Reaktion. Es stellt sich die Frage, wie man damit systemisch, organisatorisch und im Einzelnen fertig werden kann. Die Fülle der damit verbundenen Fragen und der Details ist eine große politische und gesellschaftliche Herausforderung. Im Gegensatz zu den nationalen Formen und Spielarten des Terrorismus in Deutschland, Spanien, Frankreich oder Italien in den 1970er und 1980er Jahren ist Terrorismus heute ein organisierter und

36 | Vgl. »IS – Die Wirtschaftsmacht der Gotteskrieger«, a.a.O.

37 | So etwa der Terroranschlag, der von der sogenannten »Sauerlandgruppe« in den 2010er Jahren geplant worden war und der ebenfalls verheerende Folgen gehabt hätte.

globaler Krieg. Seit ungefähr 20 Jahren stehen sich hier bestens organisierte Kombattanten gegenüber. Es ist ein Krieg im Schatten und im Licht, der sich auf Seiten der Terroristen durch spektakuläre Aktionen in das Licht der Öffentlichkeit begibt, um dann wieder in den Schatten zurückzugehen. Insbesondere den Staaten im Westen ist klar, dass sich diese Bedrohung nicht einfach ausschalten lässt. Auch Deutschland, das aufgrund einer guten Ermittlungsarbeit der Behörden und mit Glück bis 2015 verschont geblieben war, erlebte 2016 die terroristische Gewalt und wird mit weiteren Angriffen rechnen müssen.

Auch das Problem der organisierten Kriminalität und Piraterie nimmt zu

Eine zunehmende Rolle auf der Landkarte der Konflikte nehmen die organisierte Kriminalität und die Piraterie ein. Die organisierte Kriminalität entspringt kriminellen Bewegungen und Gruppen, die ihre Ziele im Rahmen geschäftsähnlicher Strukturen und mithilfe von Gewalt und Einflussnahmen auf Politik, Medien, Justiz oder Wirtschaft systematisch verfolgen. Im Gegensatz zum Terrorismus, bei dem Straftaten zum Erreichen politischer Ziele verfolgt werden, sind die im Rahmen der organisierten Kriminalität begangenen Straftaten durch materielle Gewinnerzielung motiviert. Allerdings ist diese Trennung fließend, da sich terroristische Gruppierungen der organisierten Kriminalität bedienen, um Waffen, Gerät oder Geld zu beschaffen, die dann im terroristischen Kampf eingesetzt werden. Die organisierte Kriminalität profitiert von der Globalisierung, da sich die Entgrenzung der Welt positiv auf ihr Geschäftsmodell netzwerkartiger Aktivitäten und einer internationalen Logistik ausgewirkt hat. OK kennt heute keine Grenzen. Im Gegenteil, die Entgrenzung der Welt machte im Rahmen der neuen Globalisierung vieles erst möglich.

Beispiele dafür sind der internationale Drogenhandel, Schmuggel, die illegale Verbreitung von Nuklearmaterial, Entführung, die Prostitution, Schutzgelderpressung, Umweltkriminalität, illegale Abfallentsorgung, der Menschenhandel oder die Wirtschaftskriminalität. Nach dem »Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2012« des Bundeskriminalamtes (BKA) waren in Deutschland im Jahr 2012 Rauschgifthandel und -schmuggel mit 37 Prozent, Kriminalität im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben (nicht gleichzusetzen mit Wirtschaftskriminalität) 13,2 Prozent, Steuer- und Zolldelikte mit 9,3 Prozent und Schleuserkriminalität mit 6,3 Prozent die Bereiche mit dem größten Anteil der Straftatbestände. Die weiteren OK-Delikte blieben 2012 jeweils unter 5 Prozent, wobei der Bereich Cybercrime mit gut einem Prozent erwähnenswert ist. Gegenüber 2011 haben sich hierbei die Werte kaum verändert, so dass von einem relativ stabilen Lagebild auszugehen ist (BKA 2013: 5f.). Die Liste der Organisationen in Europa, den USA und Kanada, Lateinamerika und Asien ist beachtlich und ihr Einfluss auf Staat, Wirtschaft und Gesell-

schaft enorm. Die Kaufleute der Unterwelt überwinden leicht Grenzen. Insgesamt basieren mindestens zwei bis drei Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung auf kriminellen Machenschaften und Geschäften (Tenbrock 2007), wobei das illegal erwirtschaftete Geld dann später in legale Geschäfte fließt, um die Gewinne der organisierten Kriminalität reinzuwaschen.

Der internationale Drogenmarkt gehört neben dem Rohöl- und Waffenmarkt zu einem der profitabelsten Märkte auf dem Globus

Ein Beispiel für die Globalisierung der organisierten Kriminalität ist hierbei der internationale Drogenmarkt. Nur mit Öl und Waffen wird auf der Erde mehr Geld verdient. Nach Schätzungen des ›United Nations Office on Drugs and Crime‹ (UNODC) hat er einen jährlichen Gesamtumfang von etwa 300 Milliarden US-\$. Damit ist er dreimal so groß wie der globale Markt für Tabak und 65mal größer als der für Kaffee. Die Wirtschaft hat sich globalisiert, die Industrie des Verbrechens zog folgerichtig mit modernen Geschäftsmodellen der organisierten Kriminalität nach. Christian Tenbrock von DIE ZEIT folgerte Ende der 2010er Jahre aufschlussreich:

»Ihr Netz operiert weltumspannend wie multinationale Konzerne. Sie erobern neue Märkte. Die globale Nachfrage nach ihren Produkten steigt« (ebd.).

Die organisierte Kriminalität im Drogenanbau und im Handel ist ein Netzwerk aus Produzentenländern und Absatzmärkten, ein Geflecht schlecht bezahlter Bauern in Afghanistan, Kolumbien oder Mexiko, Transporteuren, Kleindealern und Kurieren, korrupten Zöllnern und Polizisten, ›wegsehenden‹ Journalisten und den wahren Großverdienern in den international operierenden Kartellen. Türkische Organisationen arbeiten mit russischen Finanziers und albanischen Menschenhändlern zusammen, ukrainische Kriminelle tauschen in Südamerika Waffen gegen Kokain. Die Globalisierung der Finanzmärkte und des Handels öffnet Schlösser vormals dichter Grenzen. Kooperation und nicht Konkurrenz oder Krieg kennzeichnen viele Verbindungen der Akteure innerhalb der organisierten Kriminalität, Risikostreuung und ›Outsourcing‹ sowie die Beschäftigung von Subunternehmen und selbstständigen Dienstleistern sind in den entsprechenden Milieus Realität. So bilden sich Global Player der OK, die den nationalen Kriminalämtern oder internationalen Behörden wie Interpol, Europol oder dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (Office Européen de Lutte Anti-Fraude, OLAF) weit voraus sind.

Ein anderes Beispiel für die Globalisierung und Systematisierung der organisierten Kriminalität ist die Piraterie. Sie hat zwei Dimensionen: zum einen die Produktpiraterie auf den Weltgütermärkten und zum anderen die Schiffs-

piraterie auf den Weltmeeren. Bei der Produkt- oder Markenpiraterie werden Nachahmer-Produkte von bekannten Markenprodukten aus Luxussegmenten wie zum Beispiel Lacoste, Boss, Rai•Bayn, Rolex oder Ralph Lauren zu Schleuderpreisen auf den Markt gebracht. Und das so, dass auf den ersten Blick der Unterschied zwischen Original und Fälschung kaum zu erkennen ist oder die Fälschung im Vergleich zum Original einen kaum erkennbaren Qualitätsunterschied hat. Gefälscht wird in allen Bereichen: Software, Textilien, Accessoires, Uhren, Medikamenten oder Maschinenteilen.

Produktpiraterie verursacht jährlich einen Schaden von etwa 300 Milliarden Euro

Nach Angaben der EU entfallen durch Produktpiraterie, illegale Überproduktion, Parallel- und Re-Importe etwa zehn Prozent des Welthandels auf Plagiate oder Fälschungen, was einem internationalen Schaden von 300 Milliarden Euro jährlich entsprechen soll. Zählt man den Binnenabsatz gefälschter Produkte hinzu, kam man bereits Ende der 2010er Jahre auf das Doppelte dieser Summe, was der jährlichen Wirtschaftsleistung von Ländern wie zum Beispiel den Niederlanden entspricht. Auch wenn Plagiate oder Fälschungen nichts neues sind und sogar in der Bundesrepublik Deutschland, Japan oder den ›Tigerstaaten‹ Südostasiens in den 1960er und 1990er Jahren bis zur Entwicklung einer eigenständigen Markenindustrie an der Tagesordnung gewesen sind, ist das Ausmaß durch die Globalisierung heute stärker als früher. Heute sitzen die Freibeuter der Globalisierung besonders in China und Thailand, was im Vergleich zu früheren Märkten ein spürbarer Unterschied ist. Rund 60 Prozent aller Fälschungen werden dort produziert, wie die vom Bundesfinanzministerium herausgegebene Statistik der Beschlagnahmungen des Zolls in Deutschland belegt.³⁸

Hinzu kommt die Piraterie auf den Weltmeeren. Es handelt sich hier um Gewalttaten, Eigentumsdelikte oder Freiheitsberaubung, die auf hoher See verübt werden, die keiner unmittelbaren staatlichen Gewalt unterliegen, weil sie außerhalb der 3-Meilen-Zone bzw. der 12-Meilen Zone des internationalen Seerechts passieren.³⁹

Der Piratenterror auf den Weltmeeren nimmt zu

Piraterie trat im Zuge der neueren Geschichte immer wieder auf. In der historischen Betrachtung folgte die Piraterie einem simplen Kosten-Nutzen-Kalkül: sie tauchte immer dann auf, wo der Seehandel ein ausreichend großes Aufkommen erreicht, gleichzeitig die Intensität der Überwachung und Bekämpfung

38 | Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Produktpiraterie>, aufgerufen am 8. Juli 2014.

39 | Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Piraterie>, aufgerufen am 9. Juli 2014.

fung ein bestimmtes Maß im Verhältnis zur Küstenlänge nicht überschreitet und ein Teil der Bevölkerung in der Piraterie eine lohnende Alternative zu anderen Beschäftigungen sieht. Heute trifft dies vor allem auf Schwellenländer und einzelne große Häfen mit wenig effizienten Behörden zu sowie auf Seegebiete, wo wichtige internationale Schifffahrtsrouten an Küsten entlangführen, an denen dadurch die Kapazitäten der lokalen Behörden überfordert sind. Relativ hohe Risiken für die Schifffahrt bestehen im Gebiet um Indonesien und in der Straße von Malakka, vor West- und Ostafrika einschließlich des Golfes von Aden sowie vor Chittagon. Daneben gibt es noch in der Karibik und in Indien bzw. Bangladesh nennenswerte Piraterie. Betroffen ist weit überwiegend die Frachtschifffahrt, die meist ihres Bargeldes und der Wertgegenstände, seltener des Schiffes oder der Ladung beraubt wird. Um Somalia finden in jüngerer Zeit zunehmend Entführungen von Schiff und Besatzung mit Erpressung der Reedereien statt.⁴⁰ In Afrika kommt es praktisch in allen großen Häfen zu Überfällen.⁴¹ Gangstersyndikate oder arbeitslose Fischer sowie Terroristen terrorisieren die Schifffahrt.

Es lassen sich dabei drei Arten von Piratenangriffen klassifizieren:

- Low Level Armed Robbery (LLAR), der Angriff von leichtbewaffneten Piraten mit Kleinbooten mit dem Ziel, die persönlichen Habseligkeiten der Besatzung und das Geld an Bord in ihren Besitz zu bringen;
- Medium Level Armed Assault and Robbery (MLAAR), gewaltsame Angriffe von gut organisierten Banden, die Diebstähle in größerem Umfang durchführen und vor der Tötung von Besatzungsmitgliedern nicht zurückschrecken;
- Major Criminal Highjack (MCHJ), internationale, gut organisierte Großbanden, bewaffnet mit Maschinenpistolen, und schweren Handwaffen, die ganze Schiffe stehlen und die Besatzungen aussetzen oder töten.⁴²

Die Piraterie auf den Weltmeeren trifft die globalisierte Schifffahrt und die Reeder empfindlich. Sie ist mittlerweile mehr als nur ein Nadelstich des Welt Handels und hat eine ganze Reihe von Reaktionen ausgelöst. Diese reichen von rechtlichen Maßnahmen nach der Inanspruchnahme fremden Eigentums auf See bis hin zu einer aktiven militärischen Bekämpfung der Freibeuter vor Ort (Kneissler 2010). 1992 wurde das Piracy Reporting Centre des International Maritime Bureaux in Kuala Lumpur/Malaysia gegründet, um eine aktuelle Datenlage der aktuellen Piraterie aufzubauen. Die USA und ihre Verbündeten

40 | Vgl. dazu auch den Film »Captain Phillips« mit dem amerikanischen Darsteller Tom Hanks (Regie Paul Greengrass), der auf einer wahren Begebenheit beruht (2015).

41 | Vgl. Fußnote 215.

42 | Vgl. ebd.

beteiligen sich seit Anfang der 2000er Jahre als Reaktion auf den Terrorangriff des 9. September 2001 an der militärischen Bekämpfung des Terrorismus und damit auch an der Bekämpfung der Piraterie. Dazu gehören Operationen am Horn von Afrika, wo auch die deutsche Marine involviert ist. Insgesamt haben diese Maßnahmen nur einen begrenzten Erfolg. Seit Mitte der 2000er Jahre ist ein weiterer Anstieg der Piraterie zu verzeichnen, wobei die von Somalia ausgehenden Aktionen deutlich hervorstechen.

Öko- und Rohstoffkriege

Ein anderes Terrain auf der Landkarte der Konflikte sind Öko- und Rohstoffkonflikte bzw. -kriege. Auf der einen Seite konkurrieren dabei die Industrie- und Schwellenländer um den Zugang zu Ressourcen und Bodenschätzen; auf der anderen Seite tobt seit vielen Jahren ein Konflikt um die Inanspruchnahme der Erde und ihres ökologischen Systems für Zwecke der industriellen Ausbeutung. Hierbei geht es um elementare Grundbedürfnisse der Menschheit nach ausreichender Nahrung, Kleidung, Energie und Wasser, und nicht um irgendwelche Luxusgüter. Das Wachstum der Weltbevölkerung auf etwa neun bis zehn Milliarden Menschen bis 2050 und die Begrenztheit natürlicher Ressourcen produzieren dabei zunehmend handfeste Konflikte. Hinzu kommt die rechtliche Aneignung von natürlichen Entstehungsprozessen in der Landwirtschaft, die sich zum Beispiel in problematischen Patenten im Bereich der Nahrungsmittelindustrie etabliert haben.

Deshalb ist es auch notwendig, sich den Schwierigkeiten hinsichtlich der Probleme gentechnisch veränderter Organismen sowie der globalen Wasserknappheit zuzuwenden. Mit Blick auf den Zugang zu industriell wichtigen Rohstoffen sei an dieser Stelle aber auch gesagt, dass die Verfügbarkeit von Metallen oder seltenen Erden genauso wie die Beherrschung der Energieförderung natürlich ein ebenso großes Konfliktfeld ist.

Züchtung von gentechnisch veränderten Organismen produziert erhebliche eigentumsrechtliche, handelspolitische und lebensmitteltechnische Probleme und Turbulenzen

Hierbei sind die Züchtung oder gentechnisch modifizierte Hervorbringung von Saatgut problematisch. Während die ersten großen staatlichen Saatgutansammlungen nach modernen Erkenntnissen unter anderem von Nikolai Vavilov in Leningrad eingerichtet wurden, machten private Züchter in den 1930er und 1940er Jahren erstmals geistige Eigentumsrechte an neu entwickelten Sorten geltend. Sie achteten jedoch auch in dem 1961 vereinbarten internationalen Sortenschutzabkommen UPOV darauf, dass das genetische Material selbst für weitere Züchtung frei verfügbar blieb (Züchervorbehalt) und Land-

wirte aus eigener Ernte gewonnenes Saatgut anbauen konnten (Landwirteprivileg). Zu einem privatwirtschaftlich interessanten Geschäft wurde Saatgut erst mit der Einführung von Hybridsaatgut in den 1920er Jahren durch die Firma Pioneer Hi-Bred. Weil die ertragreicheren Hybridsorten in der folgenden Generation keine Samen von einheitlicher Qualität mehr hervorbringen, wirken sie wie ein »biologischer Sortenschutz«. Seit den 1940er Jahren entwickelten internationale Pflanzenzuchtzentren, unter anderem mit Mitteln der Rockefeller und Ford Foundation, gezielt neue Hochleistungssorten, die zur Steigerung der Getreideproduktion und zur Bekämpfung des Hungers in den 1960er und 1970er Jahren einen wichtigen Beitrag leisteten. Hierbei handelte es sich um öffentliche, nicht-gewerbliche Programme. Sie gingen allerdings mit einem globalen Anstieg des kommerziellen Einsatzes von Pestiziden und Dünger einher.

In den 1980er Jahren begannen einige Firmen, systematisch in die Gentechnik zu investieren. Exklusive Patente auf gentechnische Veränderungen und isolierte Erbinformationen ermöglichten erstmals, anderen die Nutzung bestimmter genetischer Eigenschaften in der Züchtung zu untersagen. Seit der Jahrtausendwende bemühen sich Unternehmen zudem mit wachsendem Erfolg, sogar Patente auf die Ergebnisse herkömmlicher Züchtung, zum Beispiel den Gehalt bestimmter Inhaltsstoffe oder schiere Hochwüchsigkeit wie bei Monsantos »geköpftem Brokkoli«, durchzusetzen. Parallel dazu wurde auch das Sortenschutzrecht verschärft. Die Version des UPOV-Übereinkommens von 1991 verbietet Landwirten den Tausch oder Verkauf von geschütztem Saatgut und schränkt auch dessen Nachbau ein.⁴³ Die indische Nobelpreisträgerin Vandana Shiva geißelte deshalb Anfang der 2000er Jahre das »golden« Zeitalter der Gentechnologie. Sie wies auf die Gefahr einer Monopolisierung der Nahrungsmittelherzeugung hin. Einige wenige Konzerne, die über Know-How und weit gefasste Patente verfügen, höhlten mit unfairen Praktiken die Rechte und Chancen der indigenen Bevölkerungen in Entwicklungsländern aus. 97 Prozent aller Saatgutpatente befänden sich in den Händen von Unternehmen aus Industrieländern, obwohl 90 Prozent der biologischen Ressourcen aus dem Süden stammten. Als Ressourcenkonflikt um die Mindesternährung der Menschheit produziere dies reichhaltigen Konfliktstoff für die Zukunft (Shiva 2001: 137ff.).

Die Beherrschung des Weltsaatgutmarktes durch Großkonzerne aus den Industrieländern war eine logische Entwicklung

Die reale Entwicklung in den 2000er Jahren gab der Inderin zumindest in Teilen recht. Die Umsätze des globalen Saatgutmarktes lagen Anfang der 2010er

43 | Vgl. www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichtes/saatgut-und-patente-auf-leben.html, aufgerufen am 26. Juli 2014.

Jahre bei über 35 Milliarden Euro. Die zehn größten Unternehmen kontrollieren 75 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes. Drei Unternehmen – Monsanto, DuPont und Syngenta – beherrschen 53 Prozent des Marktes, Monsanto alleine kontrolliert 26 Prozent. Ein Bericht des Center for Food Safety zeigt, dass Monsanto in 136 Fällen Bauern anklagte, die Monopolrechte der Firma verletzt zu haben, auch wenn ihre Felder durch Saatgut und Pollen von Nachbarfeldern verunreinigt wurden. Bis Januar 2010 gewann Monsanto 70 Prozesse und erhielt insgesamt 23.345.820 US-Dollar Schadensersatz. Es wird geschätzt, dass aufgrund außergerichtlicher Beilegungen eine vier- bis achtfach höhere Summe an Monsanto bezahlt wurde. Geistige Eigentumsrechte und die Oligopole einiger Anbieter können dazu führen, dass armen Landwirten der Zugang zu Saatgut, einem für sie lebenswichtigen Produktionsmittel, verwehrt wird. Dies kann dazu beitragen, dass die Nahrungsmittelpreise steigen, wodurch sich die Ärmsten viele Lebensmittel noch weniger leisten können als bisher.⁴⁴

Streitapfel Handel: das Biosafety-Protokoll

Die Kontroverse um Chancen und Risiken der grünen Gentechnologie wird nicht nur durch eigentumsrechtliche Aspekte mit Blick auf das geistige Eigentum problematisiert, sondern zudem durch ihre handelspolitischen Implikationen verkompliziert. Auf der einen Seite ermöglicht die moderne Biotechnologie höhere Erträge, weniger Einsatz von Herbiziden und Insektenschutzmitteln. Sie bietet damit die Aussicht auf ökologisch nachhaltige Strukturen in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite birgt sie schwer einzuschätzende Risiken wie die mögliche Entstehung Antibiotika-resistenter Viren und negative Auswirkungen auf regionale Pflanzen- und Tierarten. Vor allem die Entwicklungsländer fürchten negative Folgen für ihren Artenreichtum sowie die mit der grünen Gentechnik steigende Kapitalintensität in der Landwirtschaft und die Konzentration der Unternehmensstrukturen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Noch liegen die Entwicklung und die Vermarktung der modernen Biotechnologie fest in den Händen der Industriestaaten. Die unterschiedliche Verbreitung und die divergierenden Regulierungen haben die grüne Gentechnik zum Zankapfel in den internationalen Beziehungen werden lassen. Das erkennbare überproportionale Wachstumspotenzial der biowissenschaftlichen Agrartechniken lässt erwarten, dass die Konflikte noch weiter zunehmen werden.

Ein Großteil der Gentechnik-Pflanzen werden heute in fünf Ländern angebaut. Das sind mit Bezug auf das Jahr 2014 die USA mit 40 Prozent, Brasilien mit 23 Prozent, Argentinien mit 13,4 Prozent, Kanada mit 6,4 Prozent sowie Indien mit 6,4 Prozent. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Raps, Soja,

Mais und Baumwolle.⁴⁵ Weitere Länder, wie Australien, Chile und Uruguay stehen den Anwendungen der Gentechnik in der Landwirtschaft offen gegenüber und wollen ihre Anbauflächen ausweiten. Die Länder unter der Führung der USA vertreten den Standpunkt, dass gentechnisch veränderte Agrarerzeugnisse per se keine Gefahr für Umwelt und Verbraucher darstellen und restriktive Bestimmungen zu unnötigen Handelshemmnissen und Protektionismus im traditionell umkämpften Agrarmarkt führen. Importbeschränkungen sollten nach ihrer Auffassung im Einklang mit den Regeln der WTO stehen und auf wissenschaftlich fundierten Beweggründen beruhen.

Zu diesem Zweck sollte bereits früh eine internationale Vereinbarung gefunden werden, das völkerrechtlich den grenzüberschreitenden Transport, die Handhabung und den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regeln sollte. Dazu wurde 1995 von den damals 170 Mitgliedstaaten der UNO die Aushandlung eines Protokolls über die biologische Sicherheit beschlossen (Biosafety Protocol⁴⁶). Eine entsprechende Konferenz der Vertragsstaaten wurde 1999 im kolumbianischen Cartagena beschlossen und 2000 in Montreal verabschiedet. Der Fokus des Biosafety-Protokolls sollte sich auf den Schutz der biologischen Artenvielfalt beschränken und nicht zusätzliche Dinge, wie Lebensmittelsicherheit beinhalten, die bereits von anderen Übereinkommen abgedeckt würden. In den Verhandlungen betonten die in der ›Miami-Group‹ zusammen geschlossenen Agrexportländer immer wieder, dass es sich hier um ein Umwelt- und kein Handelsabkommen handle.

Demgegenüber forderten die Europäische Union, einige asiatische Länder und die große Mehrheit der Entwicklungsländer eine Trennung konventioneller und gentechnisch veränderter Erzeugnisse, die klare Kennzeichnung letzterer und die Möglichkeit, deren Einfuhr zu untersagen, auch wenn noch keine gesicherten wissenschaftlichen Beweise für eine Umweltgefährdung vorliegen. Eine Unterordnung des Biosafety-Protokolls unter die WTO lehnten sie ab. Der Versuch, sich im Februar 1999 in Cartagena auf das Protokoll zu einigen, scheiterte denn auch an den gegensätzlichen Auffassungen: auf der einen Seite die ›Miami Group‹, auf der anderen die ›Like-Minded-Group‹ der Entwicklungsländer – und irgendwo dazwischen die Europäische Union. Katalysator für das Zustandekommen des Biosafety-Protokolls in Montreal waren dann schließlich die wachsenden Vorbehalte der Verbraucher gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Europa, Asien und auch in den USA

45 | Vgl. www.keine-gentechnik.de/dossiers/anbaustatistiken/, aufgerufen am 19. Oktober 2015. Die Zahlen stammen vom International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications, einer Organisation mit dem Ziel zur Verbreitung der pflanzlichen Biotechnologie.

46 | Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Cartagena-Protokoll>, aufgerufen am 1. August 2014.

sowie die striktere Regulierung bezüglich Zulassung und Kennzeichnung in der EU und einigen Ländern Asiens.

Der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Regeln des Biosafety-Protokolls und denen der WTO und damit zwischen den ›neoliberal‹ bzw. ›protektionistisch‹ orientierten Ländern war damit klar. Die Ursache hierfür lag in der unterschiedlichen Systemlogik der beiden Ansätze globaler Politik. Im Gegensatz zum Biosafety-Protokoll, das aus einem Umweltabkommen heraus entstand, steht die WTO unter dem Paradigma des Freihandels. Während die WTO maßgeblich von den Ländern der OECD, vor allem den USA, dominiert wird und das WTO-Sanktionssystem eigentlich nur den ›Großen‹ entsprechende Sanktionsmittel an die Hand gibt, sehen die meisten Entwicklungsländer in den UN-Organisationen ein geeigneteres Forum für die Wahrung und den Schutz ihrer Interessen (Meinert/Turek 2000).

2003 wurde das Protokoll dann doch verabschiedet, durch die Unterschrift von 50 Staaten rechtskräftig und schließlich 2010 durch das Nagoya-Protokoll mit den Aichi-Zielen ergänzt. Inzwischen haben 159 Staaten und die EU das Protokoll anerkannt. Nicht zu den Unterzeichnern zählen einzelne Länder mit hohen Agrarexporten wie die USA und Australien oder Länder wie Kanada und Argentinien, die zwar das Abkommen unterzeichnet, aber anschließend nicht legislativ verabschiedet haben.

Die Kernpunkte des Protokolls über die Biologische Sicherheit sind:

- Wenn lebende gentechnisch veränderte Organismen in ein anderes Land exportiert werden sollen, um dort in die Umwelt freigesetzt zu werden, ist ein bestimmtes Informations- und Entscheidungsverfahren einzuhalten (Advanced Informed Agreement Procedure). Das Ausfuhrland ist verpflichtet, dem Empfängerland alle Informationen zugänglich zu machen, die für eine Sicherheitsbewertung erforderlich sind. Dieses kann die Einfuhr verbieten, wenn plausible Zweifel an der Sicherheit für Umwelt, biologische Vielfalt und menschliche Gesundheit bestehen. Anders als bei den Welt handelsabkommen ist keine fundierte wissenschaftliche Beweisführung notwendig, um ein Verbot zu begründen. Das Protokoll erlaubt es den Staaten somit, aus Vorsorge Importverbote zu verhängen;
- beim Handel mit gentechnisch veränderten Organismen, die wie zum Beispiel Sojabohnen oder Mais im Einfuhrland sofort zu Lebens- und Futtermitteln verarbeitet werden, gilt dieses Verfahren nicht. Die ausführenden Staaten verpflichten sich, alle sicherheitsrelevanten Informationen einer internationalen Clearingstelle zugänglich zu machen. Einfuhrländer können bei Bedarf auf diese zurückgreifen;
- beim Handel mit GVOs mit der Absicht der Freisetzung ist grundsätzlich die Zustimmung des Einfuhrlandes erforderlich – nicht jedoch bei der Aus-

fuhr von GVO-Produkten, wenn eine Freisetzung nicht vorgesehen ist. Das ausführende Land ist dafür verantwortlich, dass dem Empfängerland alle sicherheitsrelevanten Informationen und Erkenntnisse zur Verfügung stehen.⁴⁷

Das Protokoll wurde einerseits als Erfolg gefeiert, da man endlich einen Minimalkonsens über den Handel mit gentechnisch veränderten Organismen hatte erringen können. Dies galt auch als Legitimation für den Einsatz gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft. Andererseits wurde es kritisiert, da es eine Bedrohung für die Anstrengungen der Forschung darstelle, nachhaltige Beiträge zur Ernährungssicherheit und Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern zu leisten. Die Befürworter des Protokolls und der grünen Gentechnik kritisierten das Protokoll als nicht weitreichend und als ein indirektes Verbot der Technologie; es wurde moniert, dass die Argumente der Wissenschaft zu kurz gekommen seien und dass die Haltungen von Nichtregierungsorganisationen zu sehr dominiert hätten, welche dann eine wissenschafts- und technologiefeindliche Agenda erfolgreich durchgestochen haben (De Greef 2004: 81f.). Die Unzufriedenheit mit dem Abschluss der Verhandlungen und dem Abkommen an sich führten zu weiteren Gesprächen 2010 in Japan, wo insbesondere die Artenvielfalt und der Handel mit gentechnisch modifizierten Organismen dann weiter thematisiert worden sind. Die Ergebnisse waren mager. Die Konflikte um das Biosafety-Protokoll sind damit nicht vom Tisch.⁴⁸

Gentechnisch veränderte Organismen in der Futter- und Lebensmittelindustrie sind für viele Menschen ein ›rotes Tuch‹

Ein weiteres Konfliktfeld in diesem Bereich ist die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) bei der Produktion von Lebensmitteln. Die ›Verschmutzung‹ von Lebensmitteln durch GVO ist in den 2010er Jahren nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) sprunghaft angestiegen und belastete aufgrund zahlreicher Ressentiments dagegen und die unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen in den jeweiligen Ländern der Welt den Welthandel sowie das Verhältnis zwischen Lebensmittelproduzenten und Verbrauchern. In Deutschland, einem Land, das sehr skeptisch gegenüber dem Einsatz von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln ist, gilt deshalb eine strikte Nulltoleranz bei Saatgut-

47 | Vgl. Das Cartagena-Protokoll über die Biologische Sicherheit. 13. Oktober 2010 auf: Transgen.de, aufgerufen am 30. Juli 2014; vgl. auch www.transgen.de/recht/gesetz/241.doku.html, aufgerufen am 1. August 2014.

48 | Vgl. http://bch.cbd.int/protocol/NKL_pressrelease.shtml, aufgerufen am 1. August 2014.

Kontrollen. Fast 90 Prozent der Deutschen lehnen nach einer Umfrage von 2013 den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab⁴⁹, obwohl andere gentechnisch veränderte Tiere für den menschlichen Verzehr von Unternehmen oder Universitäten entwickelt werden, die durchaus sinnvolle Veränderungen in sich tragen. Dies sind etwa BSE-resistente Rinder⁵⁰, Fleisch mit einem höheren Anteil an Omega-3-Fettsäuren⁵¹ oder Hühnereier mit einem geringeren Cholesteringehalt.

Politische Spannungen um den Zugang zu Süßwasser sind vorprogrammiert

Ein anderer Ressourcenkonflikt ist die ausreichende Versorgung der Welt mit Süßwasser. Die Trinkwasserversorgung besonders der ständig größer werdenden Metropolen der Dritten Welt ist kritisch. Die Verteilung von Wasser zwischen den wachsenden Ballungszentren und den regionalen Landwirtschafts- und Industriebetrieben kommt aus dem Lot. Dies zeigt sich zum Beispiel im Westen der USA, wo es bei der Zuteilung von Wasserrechten zwischen der Stadtverwaltung von Los Angeles und den regionalen Großfarmen in den letzten Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Der Moloch L.A. verbraucht und verlangt immer mehr Wasser, die angrenzenden Landwirtschaftsbetriebe zum Beispiel gehen in der Bewirtschaftung von Mandelbäumen und die breite landwirtschaftliche Weiterverarbeitung dieses Produkts zunehmend leer aus.⁵²

Ein anderes Land mit großen Wasserproblemen ist Peru. Die Verteilung des Wassers, die bereits zu erheblichen Konflikten in der peruanischen Gesellschaft führte, ist eine zentrale Frage für die Zukunft des Landes. Der Klimawandel, das Abschmelzen der Andengletscher und die in vielen Regionen weiter voranschreitende Entwaldung laden das Problem zusätzlich auf. Die Küste Perus ist eine der trockensten Wüsten der Erde. In der Hauptstadt Lima ist die Wasserknappheit bereits heute schlimm. Lima gilt nach Kairo als zweittro-

49 | Vgl. »Genmais 1507 vor der Zulassung Bauern warnen vor Gentechnikkrieg auf den Dörfern«, in: Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 2014.

50 | BSE ist eine Bovine Spongiforme Enzephalopathie; es handelt sich um eine Tierseuche und bezeichnet eine schwammartige Gehirnkrankheit bei Rindern, die im Volksmund auch »Rinderwahnsinn« genannt wird.

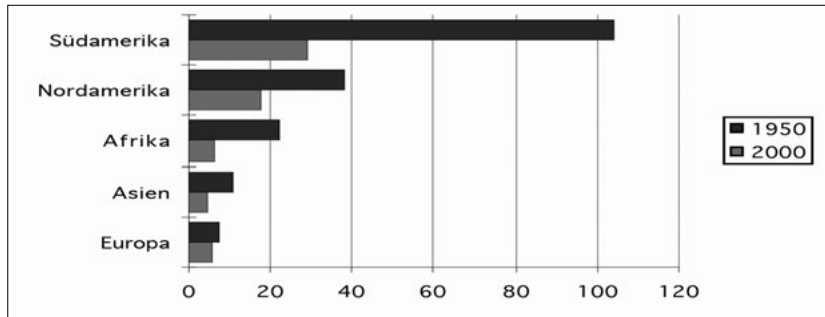
51 | Omega-3-Fettsäuren sind Bestandteile in Lebensmitteln, die besonders bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie koronare Herzkrankheit (Herzinfarkt) oder Schlaganfall das Risiko eines lebensbedrohenden akuten Vorfalls reduzieren können.

52 | Vgl. die Fernsehdokumentation von Klaus Kleber/Angela Andersen »Durst« auf ZDFzoom am 11. November 2014.

ckenste Hauptstadt der Welt und als Stadt mit dem größten Wasserstress.⁵³ Beide Beispiele zeigen auf, dass das Problem sowohl entwickelte Industrieländer als auch Entwicklungsländer betrifft und sich – im schlimmsten Fall – auch zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen aufschaukeln könnten.

Die bisher verfügbaren Ressourcen reichen insgesamt global selbst bei einer Optimierung ihrer Verteilung oder dem Einsatz modernster Technologien nicht aus. Die Erdoberfläche besteht zu 71 Prozent aus Wasser; nur rund 0,3 Prozent ist jedoch für Menschen und die Landwirtschaft nutzbares Süßwasser. Dabei werden weltweit rund 70 Prozent der verfügbaren Süßwassermenge in der Landwirtschaft verbraucht, 20 Prozent in der Industrie und zehn Prozent in den privaten Haushalten.⁵⁴ In den 50 Jahren zwischen 1950 und 2000 hatte sich die verfügbare Süßwassermenge im kontinentalen Vergleich bereits zwischen 50 und 70 Prozent verringert. Wachsender Verbrauch, Verschmutzung und Verschwendung lassen die verfügbaren Ressourcen weiter schrumpfen. Schon heute verfügen etwa zwei Milliarden Menschen nicht über Zugang zu sauberem Trinkwasser oder sind mindestens einem dauernden Stress bei der Beschaffung des täglichen Wasservorrats ausgesetzt. Jährlich sterben fünf Millionen von ihnen an den Folgen von Infektionskrankheiten, die durch verschmutztes Wasser übertragen werden.

Abbildung 9: Verfügbare Süßwassermenge (in 1000 Kubikmeter pro Einwohner)



Quelle: Vereinte Nationen; Grafik: Turek Consulting München

Dieser Zustand wird sich verschärfen, da die Weltbevölkerung pro Jahr um rund 80 Millionen Menschen wächst und der Wasserverbrauch exponentiell ansteigt. Selbst in einem reichen und stabilen Land wie Spanien führt das zum Konflikt. So haben Pläne der Regierung, das Wasser des Ebro unterirdisch vom

⁵³ | Vgl. www.arte.tv/de/peru-lima-eine-stadt-trocknet-aus/3333638,CmC=3333634.html, aufgerufen am 17. Dezember 2014.

⁵⁴ | Vgl. www.bpb.de/mediathek/73427/der-krieg-um-wasser-findet-nicht-statt?bst=14402, aufgerufen am 29. Juli 2014.

Norden in die wasserarmen Gebiete im Südosten zwischen Valencia und Algeriá umzuleiten, Anfang der 2000er Jahre nach inoffiziellen Schätzungen in Barcelona rund 400.000 Menschen zum Protest auf die Straßen getrieben. Nach Berechnungen der UNO werden bis zum Jahr 2025 zwei Drittel der Menschen unter Wasserknappheit oder -mangel leiden. Weltweit fließen etwa 300 Flüsse durch zwei und mehr Länder und es gibt kein internationales Regime oder eine völkerrechtliche Regelung für die Verteilung dieses Wassers. Beispiele für solche Flüsse sind die Donau in Europa, der Nil in Afrika oder der Mekong in Südasiens. Grenzüberschreitende Wasserläufe bedeuten Macht für den Staat am Oberstrom. Diese Lage signalisiert, daß Kriege um diese Ressource im 21. Jahrhundert geführt werden könnten (Wellershoff 1999; Spillmann 2000; Orsenna 2012).

Der schweizerische Wissenschaftler Kurt R. Spillmann wies in diesem Zusammenhang auf zwei prinzipielle Erscheinungsformen der Verknappung hin: Zum einen spitzen sich Konflikte um die Nutzung von Seen, Flüssen und Grundwasservorkommen zu. So löste etwa 1990 die halbjährliche Unterbrechung des normalen Laufes des Euphrat zur Füllung des Atatürk-Staudamms heftige Proteste in Syrien und Irak aus. Der Irak reklamierte den Verlust von 15 Prozent seiner Ernten. Zum anderen kann die Alltagsversorgung eines Haushalts oder eines ländlichen Raums durch die schleichende Verminderung des Wassers und fehlende Infrastruktur problematisch werden. In beiden Fällen kann es zu Krisen und Eskalationen von Konflikten zwischen Gemeinden, Regionen und Staaten kommen. Dürren, Überschwemmungen und Mangel an Trinkwasser werden nach neuesten Studien Instabilität und Konflikte schüren. Besonders Entwicklungsländer werden als Folge des Klimawandels Probleme damit bekommen, die Versorgung ihrer wachsenden Bevölkerung mit Trinkwasser sicherzustellen. Um das Jahr 2020 werde nach dieser Studie die Wahrscheinlichkeit ansteigen, dass die Kontrolle über den Zugang zu Wasser in Kriegen als Waffe oder als Instrument des Terrorismus eingesetzt wird.⁵⁵

›Hotspots‹ möglicher Konflikte sind der Nahe und Mittlere Osten, Zentralasien, Indochina und Afrika. In Indochina etwa wachsen die Spannungen um das Wasser des Mekong zwischen China, Laos, Kambodscha und Vietnam an. Staudämme und Wasserableitung nach Thailand verändern den Lebensraum von 60 Millionen Menschen. In Zentralasien ist die Verteilung des Wassers zwischen Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ein ungelöstes Problem. Der industrialisierte Westen ist hiervon derzeit zwar nicht direkt betroffen. Doch sein Problem ist die Migration. Nach Zahlen der UNO haben bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bereits insgesamt 25 Mil-

55 | Vgl. www.spiegel.de/politik/ausland/us-geheimdienstbericht-prognostiziert-aera-der-kriege-um-wasser-a-823207.html, aufgerufen am 30. Juli 2014.

lionen Menschen als ›Wasserflüchtlinge‹ ihre Heimat verlassen.⁵⁶ Ein wachsender Aufnahmepressure ergänzt bei steigendem Widerstand gegen die Integration von Fremden als künftige Konfliktformation die Landkarte der Konflikte indirekt auch in der westlichen Welt, die in den 2010er Jahren bereits massiv durch Kriegs- und Armutsflucht herausgefordert worden ist.

Der Anstieg des klimabedingten Meeresspiegels bringt zusätzliche Ressourcenkonflikte in die Welt

Diese Ressourcenkonflikte wären dabei über Verteilungs- und Regulierungsregime allerdings lösbar. Diese können bilateral zwischen einzelnen Ländern installiert werden oder über multilaterale Organisationen wie der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der OSZE, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond, der Organisation für Afrikanische Einheit, des ASEAN oder etwa der APEC. Das Netz der multilateralen Zusammenarbeit ist nicht perfekt, könnte aber im Rahmen einer verdichteten Global Governance dichter und effizienter geknüpft werden. Dabei werden in Zukunft mit Blick auf den klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels zusätzlich weitere Ressourcenkonflikte auftauchen, die nicht so ohne weiteres über Verteilung oder Zugang gelöst werden können. Nicht nur der bloße Anstieg des Meeresspiegels stellt für die tiefer liegenden Küstenzonen eine Gefahr dar. Wichtig sind auch die mit dem Anstieg unmittelbar verbundenen Folgen. Dazu gehören die Erosion von Küstengebieten, ein höheres Auflaufen von Sturmfluten und insbesondere die Versalzung von Grundwasser durch das Eindringen von Meerwasser. Die regionale Wasserversorgung wird dabei genauso gestört wie die regionale Landwirtschaft. Von einem künftigen Meeresspiegelanstieg werden vor allem niedrig liegende Küstenregionen betroffen sein. Dies betrifft etwa Länder wie die Niederlande, England, selbst Deutschland oder Bangladesch. Rund 20 Prozent der Weltbevölkerung leben weniger als 30 Kilometer vom Meer entfernt. Global liegen etwa zwei Millionen Quadratkilometer Land weniger als zwei Meter über der mittleren Hochwasserlinie. Gerade diese Grenzzone zwischen Land und Meer ist durch besonders artenreiche Ökosysteme ausgezeichnet, und hier hat sich auch der Mensch bevorzugt angesiedelt. 1995 lebten ca. 60 Millionen Menschen auf Landflächen, die weniger als einen Meter über dem Meeresspiegel lagen, und 275 Millionen in weniger als fünf Meter. Acht der zehn größten Städte der Welt liegen gegenwärtig in niedrigen Küstenbereichen, in denen zugleich die Wachstumsrate der Bevölkerung doppelt so hoch ist wie im globalen Durchschnitt. Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts werden daher wahrscheinlich 130 Millionen Menschen in den tiefen Küstenbereichen

56 | Vgl. Global Water Shortages Root of Future Conflicts?, in: The International Institute for Strategic Studies (Hg.), Strategic Commands, Bd. 5, Nr. 6 Juli 1999.

bis zu einem Meter und 410 Millionen Menschen bis fünf Meter über dem Meer leben.⁵⁷ Durch den Anstieg des Meeresspiegels werden Millionen von Menschen gefährdet und die Beherrschung dieser Situation wird mit Sicherheit eine wichtige globale Aufgabe werden.⁵⁸

57 | Vgl. http://wiki.bildungserver.de/klimawandel/index.php/Folgen_des_Meeresspiegelanstiegs, aufgerufen am 19. Oktober 2015.

58 | Vgl. www.peopleforfuture.de/inspiration/problem_details.php?id=10, aufgerufen am 19. Oktober 2015.